

In Erwähnung wichtiger und interessanter Gegensätze und wisslicher Zwischenfälle ist auf beiden Seiten während der Konferenz etwas viel renommierter worden. Während man im stillen Kämmerlein, ausschließlich unter bevollmächtigten Ministern, also sehr von jeder öffentlichen Kontrolle, artig, wenn auch zäh diskutierend, schätzerten nachdrücklich die Hauptministre vor den Pressevertretern ihres Landes breitspurig und selbstbewusst, wie hoch sie den Gegnern geantwortet hätten; so entstanden Stoben, die in solcher Schärfe nicht gehalten worden waren, so entstanden auch schließlich die vom Publikum zunächst schmerzlich vermischten „Zwischenfälle“ und „Aktionen“, die aber um so leichter „belegt“ werden konnten, als die Wahrheit immer nur hoch so bestimmt gewesen war.

In Wirklichkeit hat es nur eine Sensation während der zweieinhalb Wochen der Haager Konferenz gegeben: das war der Verlust des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die ganze Konferenz durch seine Weigerung der Beteiligung und Mitarbeit an der Bank für Internationale Zahlungen zu sprengen. Es muss anerkannt werden, dass sich die deutsche Delegation in der Abwehr dieses Versuches energisch und loyal verhalten hat. Loyal ebenso sehr gegenüber dem deutschen Volke, das das Zustandekommen des Youngplanes in seiner erdrückenden Mehrheit fordert, wie gegenüber den Gläubigern, die berechtigt waren, die rücksichtslose Durchkreuzung dieses Sabotageversuches zu verlangen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass Dr. Schacht aus diesem Hassspiel als der große Verlierer hervorgegangen ist. Aber ist die

deutsche Delegation rücksichtslos genug vorgegangen? Hat sie alle Konsequenzen aus diesem unerhörten Vorfall gezogen, zu denen sie im Interesse des Anschlusses Deutschlands in der Welt verpflichtet war? Wir müssen selber feststellen, dass sie sich mit einem Teilerfolg begnügt hat. Dass sie die Reichsbank und ihren Präsidenten gesetzlich verpflichtet, an der Bank für Internationale Zahlungen mitzuwirken, können wir nicht einmal als Teilerfolg bezeichnen, denn Dr. Schacht wollte sich ja „vergewaltigen“ lassen. Wichtiger ist uns die unter dem Druck der Sozialdemokratie im Haag beantragte und ergangene Erleichterung künftiger Aenderungen des Reichsbankgesetzes. Wir aber glauben, dass dieser Teilerfolg nicht genügt, und dass die deutschen Delegierten nicht versucht haben, hinsichtlich der Wiedererlangung der Souveränität des Reiches gegenüber der Reichsbank alles das im Haag zu erreichen, was besonders nach dem Auftreten von Schacht erreicht werden konnte. Angeblökt waren die Widerstände auf der Gegenseite gegen weitergehende Einschränkungen der Unabhängigkeit der Reichsbank zu stark. Wir haben Grund, diese Version zu bezweifeln und zu vermuten, dass man auf deutscher Seite — wir denken dabei insbesondere an den Reichsfinanzminister Dr. Moltendorf — diese weitergehenden Konsequenzen einfach nicht ziehen wollte.

Alles in allem bleibt das Ergebnis der Haager Schlusskonferenz durchaus befriedigend.

Überschrift: „Fort mit Lügen“ verrät gerade seine Angst auf die Gefühle und Ausschüttungen bei andern in der gleichen Regierung vertretenen Parteien und muss von ihnen als besondere Unfreiheit empfunden werden.

Im Zentrum hat man nur mit peinlicher Überredung von dieser Präsentation des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Kenntnis genommen, und der Vorsitzende der Fraktion ist dann auch gleich bei Reichskanzler vorstellig geworden, um die Auffassung der Zentrumsfaktion über die Vorgänge recht deutlich darzulegen.

Als neulich hohe preußische Zentrumsbürokratie in ihrer Eigenschaft als Beamte, nicht als Privatpersonen, öffentlich die Wahl des Zentrums aussorgeren und andere Parteien abzulimpfen, stand das Zentrum dies ganz in der Ordnung.

Dass Zentrumminister, Zentrumabgeordnete und Zentrumstadtverordnete die Mehrheit des Volkes in Sachen der Erziehung, der Feuerbeläfflung und anderer Kultusfragen terrorisierten, hält man für selbstverständlich.

Kein Zentrumminister, kein Zentrumsekretär weicht in seiner kulturpolitischen Verantwortung auch nur einen Schritt zurück. Wenn ein sozialdemokratischer Minister seine Privatmeinung auf die Außen sich erlaubt, macht man daraus eine Aktion.

Wir sagen den Herren des Zentrums ruhig, aber deutlich, dass die ganze Sozialdemokratie dieses Verhalten des Zentrums als eine Unverschämtheit empfindet. Der Reichskanzler muss gewiss höflicher sein als wir, aber wir erwarten, dass er es würdig abgelehnt hat, sich der Annahme des Zentrums zu fügen.

Bünger in Verlegenheit

Was soll mit dem sächsischen Arbeitsministerium werden?

Dresden, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht)

Die Frage, was aus dem sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium werden soll, dürfte den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Herrn Bünger, einiges Kopfzerbrechen bereiten. Schon seit langem sind Bestrebungen laufende, nach bairischen Vorbild dieses Ministerium zu beseitigen. Diese Bestrebungen haben natürlich durch den Rücktritt des Ministers Eisner wiederum Nachdruck bekommen.

Dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium in Sachsen unterscheidet die ganze Sozialpolitik, die Wohlfahrtspflege und das Wohnungsweisen. Im ländlichen Unternehmenslager ist das Arbeitsministerium nicht beliebt, weil man die Meinung ist, dass dort die Interessen der Arbeiterschaft zu sehr zur Geltung kommen. Man möchte, dass das Arbeitsministerium mit dem Wirtschaftsministerium vereinigt wird, weil man glaubt, dass auf diese Weise die Interessen der sogenannten Wirtschaft besser gewahrt werden. Ob es Herrn Bünger sehr wichtig ist, an die Beteiligung des Arbeitsministeriums heranzugehen, ist zweifelhaft. Die Nationalsozialisten, auf die er angewiesen ist, haben wenigstens im Landtag erklärt, dass sie die Erhaltung des Ministeriums wünschen. Bleibt aber das Ministerium, so ist seine Reuebung für Bünger ein recht schwieriges Problem. Die Nationalsozialisten sollen in der Person eines ihm nahestehenden Beamten einen Anwärter für das Ministerium bereithalten und auch die Aufwärter erheben. Aufgrund auf einen Ministerialrat der letzten Abstimmung über das Wirtschaftsvotum gegen die Regierung Bünger haben die drei Abgeordneten der Aufwärter den Saal verlassen und ihr Verhalten damit begründet, dass Bünger sie nicht an der Regierung beteilige. Der Ministerpräsident muss also klären, dass bei nächster Gelegenheit der Aufwärter gegen seine Regierung stimmen, wenn sie nicht durch Übereinstimmung eines Ministeriums beruhigt werden. In diesem Falle wäre, da die beiden Abgeordneten der Alten Sozialdemokratie in Zukunft voraussichtlich auch gegen die Regierung stimmen werden, eine Mehrheit von 50 Stimmen gegen die Regierung Bünger vorhanden. Das Kabinett Bünger steht also recht wackigen Füßen. Andererseits wird es Herrn Bünger recht schwer fallen, einer Gruppe wie den Aufwärtern, die die Namen einer Partei kaum ernsthaft verdient, das Arbeitsministerium anzuvertrauen.

Tief bedauerlich bleibt es, dass in einem Lande in Süßwiegend proletarischer Bevölkerung in Sachsen die Bekämpfung des Arbeitsministeriums durch einen Vertreter der organisierten Arbeiterschaft nicht selbstverständlich ist.

Die soziale Zusammensetzung der Schupo

Aus einer Denkschrift des preußischen Innensenisters geht hervor, dass von den Oberleutnants der Schupo in Preußen 17 frühere obere Polizeiverwaltungbeamte waren, 24 frühere aktive Offiziere, 48 frühere Reserveoffiziere und 301 frühere Unteroffiziere gewesen sind. Von den Polizeiteilnehmern, die aus einem Polizeioffiziersanwärterlehrgang hervorgegangen sind, waren 45 Abiturienten, 117 Nicht-Abiturienten und 120 Volksschüler. Von den Hauptleuten sind 284 frühere Unteroffiziere, 287 frühere Reserveoffiziere und 372 frühere aktive Offiziere. Von den Majoren sind 201 frühere aktive Offiziere, 26 frühere Unteroffiziere und 26 frühere Reserveoffiziere.

Der Detektiv riech gereizt sein Kind. „Es ging schnell das mus ich sagen. Der arme alte Mann mus getötet worden, während ich in einer Entfernung von wenigen Fuß neben ihm stand. Das wird eine schöne Geschichte für die Oeffentliche werden.“

„Aromatisch schaut er auf das Mädchen. „Ich brauche selbstverständlich als Zeugin. Ich möchte, dass Sie sich an eine Zeit aufzuhalten, wo ich Sie sofort erreichen kann. Wollen Sie nicht in ein Hotel gehen?“

„Ich werde dich nach dem Palace Hotel bringen,“ äuert Rass.

Er empfand keinen besonderen Wunsch, dass die Polizei den nächsten Tagen in Herbert Mansions vorpräche; er wollte, wenn es ging, den Namen seiner Frau von der Sache fernhalten, denn er fürchtete, dass sonst die Verwandtschaft zwischen ihr und ihm bekannt werden könnte. Vielleicht sah Elsa ein, dass er den Namen seiner „Schwägerin“ nicht hineinziehen wollte, denn er erwähnte nichts davon und freute sich über den Vorschlag. Er war heute abend nicht dazu aufgelegt, zu einer fremden Stadt zu gehen.

In der Zeit, da der Detektiv sie ausgefragt hatte, war die Polizei mit seinem Kollegen zurückgekehrt. Vor dem Hause hielten sich eine Anzahl von jenen Leuten angesammelt, die durch irgend gewissen Instinkt des Interesses für jede Tragödie herbeigeflossen waren, der eine seltsame Eigenschaft des Volkes ist. Bickerton verständigte telefonisch das Hauptpolizeiamt vor dem Hause, und während er die Photographen und die Sachverständigen in Fingerabdrücken erwartete, untersuchte er sorgfältig das Arbeitszimmer.

Es war nur ärmlich möbliert. Ein verblichener grüner Teppich, ein abgenutzter Schreibtisch, zwei oder drei Stühle und ein großer Blaueschrank bildeten die häupfläcklichen Möbelstücke. An den Wänden hingen einige alte anscheinend wertlose Gemälde, wie sie der Künstler im mittleren Historismus oft gern malten. Auch stand ein Globus da, das auf den ersten Anblick wie ein hochstehendes Grammophon aussah.

„Sie haben nicht gelogen, wie dieser unbekannte Mann Ihren Onkel erschossen hat?“

„Sie schüttelte den Kopf. „Es war unmöglich, irgend etwas zu sagen.“

Hugenberg macht alles mit Geld

Alle seine Anhänger haben bezahlte Posten

In letzter Zeit sind von hohen rechtsgerichteten Persönlichkeiten wiederholte Versuche gemacht worden, die aus der Deutschen Nationalen Partei und aus der Deutschen Nationalen Reichsstaatsfraktion ausgeschiedenen Abgeordneten zur Rückkehr in das deutsche Lager zu bewegen. Diese Verschwendungsversuche, die ohne Einverständnis und zum Teil gegen den ausdrücklichen Willen von Hugenberg unternommen wurden, müssen heute als endgültig geschafft bezeichnet werden. Die Deutsche Nationalen Arbeitsgemeinschaft ist nach unseren Informationen entschlossen, weiterhin selbstständig zu marschieren und darf es. W. Schön in allernächster Zeit mit einer programmatischen Erklärung vor die Öffentlichkeit treten:

Warum diese Verschwendungsversuche gescheitert sind, ergibt sich u. a. aus dem Organ der christlichen Gewerkschaften, das sich zweifellos auf Informationen aus dem zu den christlichen Gewerkschaften zählenden Deutschen Nationalen Handlungsgemeinschaft verband. Das Blatt stellt fest, dass die Deutsche Nationalen Partei selbst bei einem Rücktritt Hugenbergs noch Jahrelang von dessen Geist beeinflusst und begleitet das wie folgt:

„Es ist zu bedenken, dass die Anhängerschaft Hugenbergs in steigendem Maße sich resultiert aus wirtschaftlichen Hängigkeiten. Ein paar Beispiele: Ein Stelle des Reichsbundsführers Schiele ist Herr v. Goldacker in den Reichsausschuss gewählt worden; ein Mann, den Hugenberg zum Aufsichtsratsmitglied der Ufa gemacht hat, der zweifellos den Eingang der Ufa-Tantzen nicht gern missen möchte. Da ist der neue Pressesprecher der Partei, der einen sehr langjährigen Vertrag hat; er steht mit einer befreidenen Offizierspension in Hannover und ist nun nach Berlin geholt und in eine große repräsentative Wohnung gebracht worden. Der Umzug allein kostete so viel Geld, wie andere Leute zur Errichtung einer ganzen Wohnung benötigen. Da ist weiter der Abgeordnete Schmidt (Hannover), ein pensionierter Hauptmann. Er ist Mitglied der Hugenbergschen Gesellschaft zur Förderung der deutschen Kultur. Er wohnt heute in einer Villa in Dahlem. Da ist weiter der Landtagsabgeordnete Steuer in der wohl dotierten Position eines kommunalpolitischen Beraters und Verbindungsmannes.“

Es ist bekannt geworden, dass der ausgeschiedene Abgeordnete Hartwig gegenüber dem Parteivorstand, der ihn auszuschließen wollte, darauf hingewiesen hat, dass es sogar ehrenamtliche Landesverbandsvorsitzende gibt, die auf ebensolche oder ähnliche Weise Gehalt beziehen. Natürlich wird das alles nicht mit dem Geld Hugenbergs bezahlt, sondern mit Geldern, die aus dem berühmten nationalen Zwischenvermögen stammen. Alle diese Leute werden natürlich Hugenberger bleiben, selbst wenn der große Mann sich wieder in das Dunkel zurückziehen sollte. Wenn General Lettow-Vorbeck oder ein anderer die Partei wirklich frei, unabhängig und erfolgreich führen wollte, dann dürfte er mindestens 1½ bis 2 Millionen Rm. aufwenden, um die direkten Schulden der Partei abzulösen (hartwig bezifferte sie in der damaligen Parteivorstandssitzung auf 500 000 Rmk.); und weiter um die Verpflichtungen an die durch Hugenberg direkt oder indirekt gestützten Parteianhänger

warten, bei der ich aus dem Zimmer entschlüpfen konnte. Einmal dachte ich, er schläfe, und ich erhob mich langsam, um zu gehen. Er öffnete jedoch die Augen, sprang auf mich zu und schleuderte mich auf das Sofa in der Ecke des Zimmers. Ich war zu Tode erschrocken. Ich glaube, ich war noch niemals in meinem Leben so gefangen. Ich nahm an, dass er verrückt geworden wäre und glaube es jetzt auch tatsächlich.

Kurze Zeit darauf schrie er ein, ich hatte aber nicht mehr den Mut, mich zu bewegen. Er sprach andauernd von irgend etwas, was er jemandem antun wollte. Dann ging plötzlich — ungefähr vor zehn Minuten — das Licht aus. Die Fenster von Mr. Torn's Arbeitszimmer hatten dicke Gardinen, die zugezogen waren. Mit Ausnahme des kleinen Nachttisches im Raum war das Zimmer vollständig dunkel. Ich sah still da und schlich mich vor seinem Erwachen, hoffte jedoch, dass er so weit unter dem Einfluss des Trinkens hätte, dass ich flüchten könnte. Während ich darüber nachdachte, hörte ich die Tür knarren und ich hatte das Gefühl, dass jemand im Zimmer war. Einen Augenblick später empfand ich die Gewissheit darüber, denn ganz plötzlich leuchtete ein Lichtstrahl auf, der Mr. Torn erhellt.

„Sie schaute ihn noch vor mir. Sein Kopf war zur Seite auf die Schulter gefallen und die Hände lagen gekreuzt über seiner Brust. Das Licht wedgte ihn halb auf, und er fing an zu sprechen.“

„Haben Sie gehört, wie Mr. Torn telefonierte?“ unterbrach der Detektiv.

„Das Mädchen nickte.

„Ja, das ist länger als eine Viertelstunde her. Ich hörte, wie er zu jemand sprach. Ich glaube, Sie waren es. Sie sind doch Mr. Bickerton?“

Der Detektiv nickte.

„Hören Sie bitte, fort!“ sagte er. „Wachte Ihr Onkel auf, als der Mann das Glas auf ihn richtete?“

„Sie schüttelte den Kopf.

„Also, er bewegte sich im Sessel und sprach. Dann ging das Licht aus. Ich wagte nicht, mich zu bewegen, denn ich hielt ihn für einen Einbrecher. Dann hörte ich Ihre Stimmen, als Sie die Treppe heraufkamen. Das ist alles, was ich weiß.“

„Sie haben nicht gelogen, wie dieser unbekannte Mann Ihren Onkel erschossen hat?“

„Sie schüttelte den Kopf. „Es war unmöglich, irgend etwas zu sagen.“

Der Unheimliche

The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebertragen von Max G. Schirmer 24

[Nachdruck verboten]

„Ist es wahr?“ fragte sie. „Mr. Hollam sagt, dass mein Onkel ermordet worden ist.“

Der Detektiv nickte langsam. „Haben Sie es nicht gelesen?“

„Nein.“ Raff war es, der ihm antwortete. „Ich habe das Licht ausgedreht. Es gibt Sachen, die Sie nicht zu sehen braucht und das ist eine davon. Ich habe das Licht ausgedreht, bevor ich sie herausgeführt habe. Gott sei Dank, dass Sie es nicht gesehen haben.“ Bickerton sah das Mädchen nochmals an. „Ja, Miss Marlowe, man hat Ihren Onkel getötet.“

„Der — der Mann hat es getan,“ sagte sie.

„Welcher Mann?“ fragte der Detektiv kuru.

Sie kämpfte schwer mit sich selbst, um ihre Stimme in Gewalt zu behalten, aber die Ereignisse der letzten beiden Stunden hatten beinahe einen hysterischen Anfall hervorgerufen.

„Ich will Ihnen alles von Anfang an erzählen,“ bemerkte sie. „Ich wollte heute abend weggehen, um bei einer Freundein zu bleiben und wartete auf Mr. Torn, bis er nach Hause kam. Ich wollte ihm sagen, dass ich eine Woche wegbleiben würde. Dann fragte er mich, wodin ich zu gehen beabsichtigte. Als ich ihm alles offenbart hatte, benahm er sich wie ein Verrückter. Er raste und sprang mich an, nannte mich alles mögliche, und in seinem Zorn warf er ein Glas nach mir.“

Sie hielt ihr Glas zurück und zeigte einen Schnitt, der, wenn auch nur klein, ihr doch mit Blut benetzt hatte.

Das geschah im Zimmer, dann plötzlich, bevor ich wachte, was los war, sah er mich beim Arzt und zog mich ins Arbeitszimmer. Ich glaubte, er hätte getrunken, bevor er mich hinzog. Er saß manchmal in einem Hotel ein, wo er Kundenlonge verblieb.

„Seh dich hin und warte, bis ich dir das zu beweisen erlaube“, rief er. „Du gehst heute abend nicht aus.“ „Ich wachte, ihm Wurst zu erwidern, aber er gedrohte mir mit Wahnwitz. Ich musste nun hören und zuhören, wie er ein Glas Weinbrand nach dem anderen trank und eine Gelegenheit, ab-

[Fortsetzung folgt]

Der blutige Sonntag

Der Auftakt der russischen Revolution

Als wird geschildert:
Vor einem Wintersabend, am 22. Januar 1905, sah sich lange, lange Züge Petersburger Arbeiter im Festzug nach dem Winterpalais des Zaren. Ein geistlicher Kreuzmarschierer an der Spitze des Zuges; viele Heiligen und Bilder, viele Kirchenfahnen wurden den Massen vorangetragen. Doch sollte es scheinen, daß eine Religion, die religiöser Ergebung ergriffener Arbeiter zum Vaterland wolle. Die ganze Demonstration hatte ein kirchlich-mystisches Gepräge.

Noch einmal schien sich ein wirklich überweltlicher, von göttlicher Autorität umwundenes Judentum zu erheben, noch einmal schauten Hunderte von Arbeiteraugen in innerer Verklärung zu dem Thronemperor — noch einmal, dann aber zerstört die ganze göttliche Herrlichkeit in ein alles erstaunendes Nichts, dann entsetzte, fassungslose Augen auf die bluttriefenden Enthüllungen des Mörders Nikolaus II.

Wie war es zu dieser grauenhaften Bluttragödie gekommen? Geschmeidigkeiten Kriegssiedlungen Russlands in seinem Ringkampf mit Japan hatten Massendemonstrationen in russischen Hauptstädten geweckt. Antisemitische und Arbeiterbewegung auf. Heilige Wellen schlug namentlich die antisemitische Bewegung der Guße und Fabrikstädte. Konnte man Wellen nicht bändigen, so daß sie im ruhigen Fluss dahinfließen, um die Weisheit der antisemitischen Regierung zu treiben? Problem glaubte die russische Ochrana, glaubte die polizei-Geheimpolizei und namentlich der schlaue Subatow, das Haupt des Petersburger Polizeidepartements lösen zu können.

Subatow hatte den „Verbin der Fabrik- und Werkstättenarbeiter“ bei der Abstaltung der Tagesschwerden des niederrussischen Proletariats ruhig gewünscht lassen. In diesem Verein sollte sich besonders eifrig der Pope Gapon. Dieser antisemitische und habilitätsliche hatte sich die wärmsten Symbole der Arbeiter erworben, weil er ihren Alagen willig Gehörte und sie vor den Fabrikbestern vertrat. In den Arbeitern, der mit Billigung der hohen politischen Polizei keine Angst ahnte, brachen die politischen Ideen des demokratischen Sozialismus immer mehr ein. In den Versammlungen des Verbands wurden die brennenden politischen und wirtschaftlichen Fragen lebhaft erörtert. Die Empörung der ausgebeuteten Massen stieg in zahlreichen Meetings immer wieder laut auf, nicht nur das — sie ballte die Arbeitermassen zu Riesenkreisen zusammen. Die Stellen wurden zumeist von dem „Verbin der Fabrik- und Werkstättenarbeiter“ organisiert. Sie wurden unter Aufsicht der Polizei vorbereitet. Gapon, der feurige Sprecher der Arbeiterversammlungen, hielt eine Fühlung mit Subatow, den Spuren der Behörden, mit dem Grafen Witte. Man darf die Polizei kannte sich in allen Herzenswürken Gapon's. Dieser Vater hatte kein Geheimnis vor ihr.

Durch die Macht der Arbeiterbewegung wurde Gapon weiterben, als es seine Freunde in der Ochrana gewünscht hatten. Es nicht objektivieren, daß der Gapon des 22. Januar 1905 sich von den Angsten und Nötzen des arbeitenden Volkes bewegt wurde. Er hatte den Instinkt, daß etwas für dieses geschehen mußte. Als russischer Priester, der sich in den Bannen des Caesar-Pavismus bewegte, wandte er sich an Zaren, der der Caesar (Kaiser) und Papst in einer Person aus seinem Kopfe war der Gedanke der Massendemonstration im Zaren entsprungen. Dieser Gedanke übte eine fast beruhende, beruhende Gewalt auf die Massen aus, die damals vor sozialen Autoritäten lief in den Staub sanken. Das Priester und Gapon war in der Tragödie des 22. Januar durchaus großer Bedeutung gewesen. Wir können den Sohn Trepows unterschreiben, daß das Priesteramt des Gapon „nur ein zumstand“ gewesen sei. Gewiß, das Proletariat stand hinter Gapon und sprang handelnd vor, aber dieser Proletarier war die mystische Idee des allhelfenden Zaren, dessen Bild, ja Demonstrationstage getötet wurden, aufs Tiefste erschüttert, indem Gapon einer religiösen-mystischen Vorstellung des Volkes einen plastiischen Ausdruck gewann, er eine historische Bedeutung. Der Gapon Alltags war eine durchaus unheimliche Person. Tropfstein schrieb ihm in seiner Schrift: „Rusland in der Revolution“

„Der Sohn eines Geistlichen, Seminarist, Theologiestudent, Kapuzinerpriester, Vatikanar bei den Arbeitern mit offensichtlicher Anerkennung der Polizei, stand plötzlich an der Spitze einer nach Zarenauflauf zählenden Menge. Seine offizielle Position, Priesteramt, die elementare Erziehung der in sich unklaaren und der fabelhaften Verlauf der Ereignisse hatten Gapon „Führer“ gemacht. Ein Phantast auf dem psychologischen Grund der Abenteuerlust, ein Südländer und Sanguinifer einer Anerkennung von Besitzmehrheit, ein völkerlor Ignorant in seinen Problemen, war Gapon ebenso wie instande die Verteile zu leiten, als ihren Verlauf vorauszusehen. Die Ereignisse ihn mit sich fort.“

Als die Regierung die russische Arbeiterbewegung wachsen lassen sah, da blieb in ihren Reihen der diabolische Plan der Arbeiterdemonstration Gapons gewaltsam niedergeworfen. Der verdeckte Clique von Trepow ließ allen Vorbereitungen Demonstration freien Lauf. Schon einige Tage vor dem Revolutionszuge des 22. Januar. In den Abendstunden einer auflebenden Arbeiterbewegung sollte eben nach Meinung Trepows der sibirische Winter des Absolutismus

In den Arbeiterquartieren formten sich am 22. Januar 1905 proletarischen Massen zu gewaltigen Zügen. Sie fanden die Zaren zum Himmel empor. Mit einer Riesenkreiswelle bedeckte Russland. Das Bild des Zaren wurde unter leidenschaftlichen Aufzügen von den Arbeitern zerstört. Die Massen erlankten, Vaterchen! kein Gott, kein Halbgott war, sondern ein Kommandant einer werdenden Kosakenbande. Der Zarenkopf schwiegende Heiligenschein zerstört völlig. Blutige Sonntags hat in den Augen der gläubigen Menschen die geistliche und weltliche Autorität des Zaren zerstört. Indem der Absolutismus den religiösen Glauben im Zaren in den Massen mordete, mordete er sich selbst. Damit der folgerichtige Schritt zur russischen Revolution geschehen, Revolution, die dem Volke Frieden, Brot und Arbeit bringt.

Statt dessen herrscht heute in Russland ein System, das dem jährlindigen Widerstand nicht im geringsten zuwendet. Dem geflügelten Volk statt Brot und Arbeit Hunger und Elend gebracht hat.

Unruhen in Marocco

Hervorgerufen durch betrunkenen französischen Soldaten.

Paris, 20. Januar. (Eig. Druck.)
In der Stadt Salé in Marocco haben betrunkenen französischen Soldaten der französischen Kolonialarmee am Abend einen derartigen Skandal provoziert, daß es zu ersten Unruhen der Einwohner kam. Vier Franzosen und Einwohner wurden verwundet. Die Polizei brachte über halbe Stunde, ehe die Ruhe wieder hergestellt werden konnte.

Der Tschewonen-Prozeß

Politische Spiege und gerissene Spiege litten in Russland

Im Tschewonen-Prozeß war die Beteiligung von Seiten der Angeklagten am Montag außendurch schwach. Die beiden Geister sind erschienen; von den Deutschen nur Bell und Schmidt. Der Beginn der Sitzung bringt gleich eine Sensation. Rechtsanwalt Beer beantragt, um den hochpolitischen Charakter des ganzen Komplizes zu beweisen, die Leitung des Kapitän's Chhardt. Dieser Bulle-Hauptling ist 1926 in München und dann noch einmal 1927 in Berlin mit Karabinde zusammengekommen und hat den ganzen Falschmünzerplan ausdrücklich genehmigt, im Interesse der Bekämpfung des Bolschewismus in Russland und des deutschen Kommunismus. Er sieht von den Kaufleuten weit gründlicher als die Wehrer, Becker und Schmidt in ihre Geheimnisse eingeweiht worden zu sein, und er hat nur wegen Mängeln an verfügbaren Geldmitteln sich nicht finanziell an dem Unternehmen beteiligt. Erst am Dienstag wird das Gericht verklagen, ob Chhardt vorgeladen wird.

Als Zeugen marschierten auf zunächst die Herren Wolf und Dorn, die beide von Schmidt für die Hebung der „Kirchenschaft“ interessiert wurden, aber keine Moneten herauszuladen. Die Vorschläge Schmidts seien nur ganz „verschwommen“ gewesen; sie hätten beide das Gefühl gehabt, es handle sich um „Politisches“. Wer vollständig die Beklärungen des Tschewonenmanns Dr. Förs, Spezialist für Haut- und Geschlechtskrankheiten. Durch Hauptmann Seeh von der „Reichsflagge“ lernte er den berüchtigten ukrainischen Heimann Poltawsky kennen, dessen Leute bei der deutschen Reichswehr ausgebildet und dann nach Polen geschickt worden sind, zur Ausführung von Terrorakten. Förs macht einen wenig intelligenten Eindruck. Er sieht wie ein Wahnsinn vor dem Richter und antwortet wie ein Kreuz sein Vorgefechten. Als der Vorsitzende ihn fragt: „Sind Sie sich einmal darüber klar geworden, wie viel Waffen man für 10 000 Mark kaufen kann?“ gesteht er: „Nein.“ Der Angeklagte Bell ruft dazwischen: „Ein Stück kostet 12 Dollar 40.“ (Heiterkeit.) Man braucht diesen Stahlheinbrüder nur etwas von „Waffentausch“ vorzuspielen und schon sind sie Feuer und Flamme. Wenn Dr. Bell das Geld nicht bekommt, wird der deutsche Einfluß in Bulgarien für einige Zeit verloren gehen — mit solchen Wahlen öffnete man diesen Balkansfreunden das Scheitern. Sein eigener Anwalt muß ihm klar machen, daß die „absolut sichere Spekulation“, die ihm von Schmidt in Aussicht gestellt war, ein logischer Unsinn ist.

Der Geschäftsführer der Firma Schmidt, Dr. Drexel, bestätigt seine protokollarische Aussage, daß die 5000 Mark, die Bell von Schmidt zum Waffenkauf in Bulgarien bekommen habe, zum Aufkauf von Papier für die Tschewonen-Fabrikation verwendet worden sind, ferner, daß jenes Telegramm aus Lausanne, das Riegers Erinnerung zum bulgarischen Konsul melde, von Schmidt mit Bell verabredet war und höchstlich, daß Bell, als die freundsschaftlichen Beziehungen zu Schmidt infolge seiner dunklen Geschäftspraktiken sich sehr erschöpften, mit einem Artikel in der „Frankfurter Tagespost“ drohte, der die Tschewonen-Affäre ans Licht ziehe und der nichts anderes bedeutete, als eine ganz gemeine Erpressung. Demgegenüber hat Schmidt mit seiner Behauptung, nichts von der Tschewonen-Geschichte gewußt zu haben, einen schweren Standpunkt.

Was nun folgte, war der Höhepunkt der bis herigen Feindschaften: die Aussage des Mannes, der sich als königlich bulgarischer Konsul gestellt hat. Theodore Rieger heißt der Konsul. Er ist Kaufmann in Lebensmittel, Mitbesitzer eines Hotels und Inhaber einer Parfümeriefabrik. Sein Vermögen taxiert er selber auf eine halbe Million. Er wollte seine bulgarischen Waffen kaufen und Tschewonen füllen: er wollte der Schweineköpfchen vom Balkan werden. Zur Politik lassen ihn seine vielen kleinen Geschäfte in Wirtschaften, Wohlgerichten und Fremden-Unterstützung keine Zeit. Rieger ist einer gutgläubig war, dann gewiß er, der sich selber als „vorsichtiger Kaufmann“ bezeichnete. Der Dr. Rieger vom Stahlhelm brachte ihn an Schmidt herein, und der holt ihm einen längeren volkswirtschaftlichen Vortrag über Kaufleute und seine Kirchenschaft. Das extremal ist Rieger nicht an: „Aber als dann ein paar Wochen später Förs im Vorschlag, sich mit 2500 Mark, der selben Summe, die er selber anlegte, an dem bulgarischen Waffengeschäft zu beteiligen und die Bemerkung fallen ließ, es würden vielleicht 100 000 Mark dabei herauspringen, da wurde Herr Rieger schwach.“

Vom Vorsitzenden gefragt, wie er sich das eigentlich gedacht habe, meint der Bledermann: „Ich habe mir schon gedacht, daß das nicht möglich wäre. Aber ich bin auf Grund der Aussprache Förs sozialen gesangen worden. Da habe ich mir gesagt, dann gebe ich in Gottes Namen auch 2500 Mark.“ Dieser „vorsichtige Kaufmann“ läutete die Verhältnisse da unten nicht. Er kannte auch Bell nicht, an dem er das Geld auf Schmidts Weisung unmittelbar überwies. Von seinen 2500 Mark sah und hörte er nichts mehr. Als dann wiederum ein paar Wochen später Schmidt mit seinem Plan gerecht zu werden . . . daß ich den bulgarischen Staat mit Würde vertreten werde . . . Hochachtungsvoll ergeben ist Th. R.“

Es war zunächst nicht „übermäßig teuer“. Es kostete nur 3000 Mark. Ein „bulgarischer Diplomat“ legte ein Gelehr auf, das Rieger an den bulgarischen Ministerpräsidenten richtete. Die Stimmung wird immer heiterer, als er eifrig in seinen Papieren blättert und ein Schriftstück hervorzieht, das der Vorsitzende vorliest. Er beginnt: „Wie die bulgarische Ausstellung in München zeitigte, haben wir in Bayern den Wunsch, engere Beziehungen zwischen beiden Ländern anzuknüpfen . . . und erlaube mir ergeben zu den Posten des königlich bulgarischen Ehrenkonsuls in Nürnberg . . . damit wäre ich in den Stand gelegt, dem vorgesetzten Plan gerecht zu werden . . . daß ich den bulgarischen Staat mit Würde vertreten werde . . . Hochachtungsvoll ergeben ist Th. R.“

Die 3000 Mark sind dann untermwegs hängen geblieben. Der Vorsitzende will wissen, welche Unterlagen Rieger seinem ersten Gelehr beigelegt habe. Darauf erwidert der Schrift und einfach: „Meine Photographie.“ Ein stürmisches Gesicht bricht los, in das selbst die Angestalten, die Zustimmung darüber, daß die liberale Partei von den Abgeordneten der Arbeiterpartei in ihren Wahlkreisen nicht angegriffen werden dürfe, während man im Parlament zusammenarbeiten. Lloyd Georges erklärt, daß seiner anstelle der so genannten Abmachung auch bindende Erklärungen der Regierung treten können, noch vor den nächsten Neuwahlen einen Wahlrechts-Reformen einzuführen.

Der „Daily Herald“ betont in einem parteipolitischen Leitartikel, daß keine grundlegende Schwierigkeit hinsichtlich der beiderseitigen Beratung auf Seiten der Arbeiterregierung bestünde, daß jedoch der Vorschlag auf ein Kommen in den Wahlkreisen eine unmögliche Zustimmung darstelle.

Schwachen, lebensuntüchtigen Schwächlingen ausgesaugt und schließlich ins Klauenjoch gespannt werden.“

Man darf nun mehr neugierig sein, wie sich die alten eingesetzten Finanzamtsleiter und Gemeindevertreter zu diesem Schreiben stellen werden.

Die Reichsbahn schreibt das Publikum

Erhöhung der Berliner Stadtbahn-Tarife

Die Reichsbahn-Gesellschaft hat die Preise auf der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn am Montag den erhöhten Tarifen der Berliner Verkehrsgesellschaft (Elektrische, Omnibus und Untergrundbahn) angehoben. Die Erhöhung wird mit dem erheblichen Defizit der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn begründet. Im einzelnen werden im Nahverkehr die bisherigen Mindestpreise für die 3. Klasse von 15 auf 20 Pf. und für die 2. Klasse von 25 auf 30 Pf. erhöht. Der Preis für den Übergangsfahrchein erhält eine Steigerung von 30 auf 40 Pfennige. Bei den Arbeitervororttarifen tritt eine Steigerung in der Nahzone auf 1,50, in der ersten Preistufe auf 1,80, in der zweiten Preistufe auf 2,00 und in der 3. Preistufe auf 2,30 Mark ein.

Dem Wochenendtarif und der Woche, die Großstadt auszuladen, dienen diese Preispolitik natürlich nicht. Der Berliner Vorortverkehr war immer ein Defizitzobjekt, das anderweitig ausgeglichen werden mußte und ausgeglichen werden könnte. Die Reichsbahn-Gesellschaft nutzt also nur die notwendig gewordene Preissteigerung der Berliner Verkehrsgesellschaft aus, um höhere Preise durchzusetzen.

Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen

Berlin, 20. Januar.

Gesunder Rauch, der auf dem Rückweg von Genf zwei Tage in Berlin geweilt hat, hat sich Montag abend nach Warschau begeben, um dort die Handelsvertragsverhandlungen unverzüglich wieder aufzunehmen, nachdem bei den deutsch-polnischen Beratungen in Genf eine gemeinsame Disputationssbasis in der Frage der polnischen Schweinefleischlieferungen nach Deutschland gefunden werden konnte.

Schadenerfaklage gegen die Bombenwerfer

Hannover, 21. Januar. (Eigener Bericht.)

Auf Vorschlag des Magistrats beschlossen die städtischen Körperhöfe von Lüneburg, gegen die Urheber des Bombenattentats auf das Lüneburger Regierungsbüro die Schadenerfaklage einzureichen. Die Klage soll damit begründet werden, daß der Stadt Lüneburg durch den Anschlag auf das Regierungsbüro infolge großer Schaden entstanden ist, als in dem gegenüberliegenden Rathaus ein großer Teil der Fensterscheiben zertrümmert wurde.

Gegen das politische Rowdyum

Der Geschäftsaufsichtungs-Ausschuß des Reichstags beschloß am Montag, die Immunität eines nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten aufzuheben, der den Reichstag in einer öffentlichen Versammlung als „Saustall“ und „Redebudenraum“ beschimpft hatte. Früher hat der Geschäftsaufsichts-Ausschuß in ähnlichen Fällen die Genehmigung der Strafverfolgung verweigert. Die Anerkennung seiner bisherigen Haltung zeigt, daß auch der Geschäftsaufsichts-Ausschuß nationalsozialistischer und kommunistischer Abgeordneter nicht länger freien Lauf zu lassen.

Ein Stand!

Rundfunkzensur gegen Leonhard Frank

Leonhard Frank lösste am Donnerstag an einem Dichterabend des Verbandes Deutscher Erzähler im ehemaligen Herrenhaus mitwirken, dessen Übertragung auf den Königsbutterhäusern Sender im Programm der Berliner Funkstunde aufgefunden wurde. Frank wollte ein Kapitel aus seinem letzten Roman „Bruder und Schwester“ lesen. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge wird Leonhard Frank an der Veranstaltung nicht mitwirken, weil die Funkstunde die Genehmigung zur Übertragung aus Jenseitsgründen verweigert hat. — Frank wird bei der Sektion für Dichtkunst, der er angehört, gegen die Entscheidung der Funkstunde Einspruch erheben.

Lloyd George antwortet an Gren

Neues Ultimatum an Macdonald?

Lloyd George auf die gegen ihn von seinem Kollegen Lord Gren gerichteten Angriffe, ist trotz ihrer Schärfe in verhältnismäßig Sinne ausgefallen. Lloyd George hat den Fehdehandschuh nicht aufgenommen, sondern nach einer Charakterisierung des Angriffes als „schäbig“ seine Gegner in der Partei aufgefordert, gemeinsam mit ihm für die liberale Partei zu kämpfen.

Politisch wichtiger als diese Auseinandersetzung ist Lloyd Georges Stellungnahme zur Arbeiterregierung, die von einigen Zeitungen als ein Ultimatum an Macdonald bezeichnet wird. Lloyd Georges betonte, daß zwei Voraussetzungen die Bedingung für eine Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen im Parlament bilden: offene Vorberatung über geplante Maßnahmen, insbesondere solche von größerer Bedeutung, und weiters eine Abmachung darüber, daß die liberale Partei von den Abgeordneten der Arbeiterpartei in ihren Wahlkreisen nicht angegriffen werden dürfe, während man im Parlament zusammenarbeiten. Lloyd Georges erklärt, daß seiner anstelle der so genannten Abmachung auch bindende Erklärungen der Regierung treten können, noch vor den nächsten Neuwahlen einen Wahlrechts-Reformen einzuführen.

Der „Daily Herald“ betont in einem parteipolitischen Leitartikel, daß keine grundlegende Schwierigkeit hinsichtlich der beiderseitigen Beratung auf Seiten der Arbeiterregierung bestünde, daß jedoch der Vorschlag auf ein Kommen in den Wahlkreisen eine unmögliche Zustimmung darstelle.

Die „Humanität“ vor dem Ende?

Paris, 21. Januar. (Eigener Bericht.)

Das Pariser Handelsgericht hat am Montag die kommunale Arbeiters- und Bauernbank in Liquidation erklärt. Das Urteil wird damit begründet, daß bei der Liquidation der Bank schwere Unregelmäßigkeiten infolge vorgenommen seien, als die Mehrzahl der Aktien überhaupt nicht eingezahlt wurde. Die Kommunistische Partei hat gegen dieses Urteil sofort Berufung eingelegt. Eine gerichtliche Liquidation würde das sofortige Eingehen der kommunistischen „Humanität“ aufholen. Die Bank hat dem „Humanität“ über eine Million kurzfristige Kredite gegeben, die im Falle einer Liquidation sofort zurückzuzahlen waren.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inseren!

Familien-Anzeigen

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei dem Heimgange meines lieben Onkels, unseres Vaters sagen wir dem Chef der Firma Smoschewer & Co., der Belegschaft, den Mietern des Hauses allen Verwandten und Bekannten, sowie Herrn Pastor Dr. Haack unseren herzlichsten Dank.

Breslau-Neu Schmiedefeld
den 21. Januar 1930.

Emma Schminkel
und Kinder.
732

Trauerhüte
bekannt größte Auswahl, billige Preise!
Hulda Siedner
Schmiedebrücke 15, 16 u. 12
... Bitte genau auf meine Firma zu schreiben!

Stadt-Theater

(Operettenspiel)

Dienstag
19.30 bis gegen 20 Uhr:
Abonn.-Vorstellung A 11

Tannhäuser

o. der Sängerkrieg auf Wartburg
Mittwoch

20 bis 22.45 Uhr:
Abonn.-Vorstellung B 11

Die lustigen Weiber von Windsor.

Donnerstag
20 bis 22.30 Uhr:
Abonn.-Vorstellung E 11

Cavalleria rusticana
Der Bajazzo.

Lobe-Theater
Telefon 58747

Dienstag 20.15 Uhr
und täglich:

Die Feindin
Ab Sonnabend täglich
... Vater sein
dagegen sehr!

Ithalia-Theater
Telefon: 58747

Dienstag 15.30 Uhr:

Die andere Seite.

Dienstag 20.15 Uhr
und täglich:

Trojaner

Schauspielhaus
Operettenspiel

Tel. 36300.
Täglich 8 Uhr:

Künstl. Leitung:
Dir. Hans Lipschütz.
Letzte 2 Tage
Gastspiel

Erni Jolan
Walter Jankuhn

Der Bettelstudent

Operette in 3 Akten
von Carl Millöcker.

Voranzeige!
Donnerstag,
den 23. Jan., 8 Uhr

Gräfin Mariza
mit Erni Jolan
u. W. Jankuhn

Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen,
Denken und Schauen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die
Frau des schaffenden Volkes.
Preis 35 Pf. Zu bestellen
bei allen Zeitungsträgern.

Möhre und Arbeit war Dein Leben,
Ruhe hat Dir die Natur gegeben!
Am 19. Januar verschied nach kurzem, schwerem Kranken-
lager unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter,

verw. Frau

Maria Leuchtenberg
geb. Aumann

im Alter von 70 Jahren.
In tiefer Trauer:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch, den 22. Januar, nachm. 2½ Uhr,
von der Leichenhalle des St. Laurentius-Friedhofes, Auenstraße.

Froh-
Leihweise
Möbelpf.
nur
Rottfr. I.I.
Lotte
Schwedtner Str. Tel. 67082

Smoking, Gehrockanzüge
Klopphüte u. Dienstkleider

100 getragene
Mäntel u. Anzüge

von 10.— Mit. an

Nur Oderstraße 7

3 unterste erzielten in

der „Volkswacht“

den örtlichen Erfolgs



-die einsame Stunde

Hinter ihm liegt der sorgenvolle Alltag mit seinen pochenden, stampfenden, rasselnden, zischenden, ächzenden Maschinen; Feierstunde ist eingezogen. Nach einer Nacht wieder der Kampf um das Brot, aber jetzt, jetzt ist er allein, einsame Stunde, geliebte Stunde.

Nun kommt die Welt in seine kleine, stille Stube, Stunde des Erlebens, einsame Stunde. Aus den lebenserfüllten Spalten seiner Zeitung steigt es empor das Bild der Stadt, das Bild der Welt.

Er weiß, daß die „Volkswacht“ für seine und der Seinen Interessen kämpft; er weiß aber auch, daß die wachsende Bezieherzahl die Möglichkeit der wirksamen Interessenvertretung vervielfacht — er liest nicht nur sein Blatt, er wirbt auch für sein Blatt!

Empfehlenswerte Bücher

Der langerwartete Schlußband der
„Vollkommenen Ehe“!

Soeben ist erschienen:

Van de Velde III
■ Die Fruchtbarkeit
in der Ehe ■

und ihre wunschgemäße Beeinflussung

XVI und 424 Seiten Lexikonformat,
20 Bildtafeln und 20 Seiten Erklä-
rungen zu den Tafeln.

In Ballonleinen RM. 16.—

Gumbel:

**Verräter verfallen
der Feme** brosch. 4.—
Leinen ... 6.—

Tureck:

Ein Prolet erzählt...
broschiert 3.20, Leinen ... 5.—

Soeben erschien
Michail Scholochow

**Der Rote
stille Don**

Der Roman einer leiden-
schaftlichen, tragischen
Kosakenliebe. Gleich
der erste russische
Kriegsroman. 182 Seiten
Brosch. 5.— Mark 5.—
Ganzl. 1.— Mark 1.—

Francé:

Tier und Liebe
Geschichten von
Unterdrückten
und Verkannten.
nur 2.—

Gaeblers Handatlas mit
Ortsregister ½ Leder nur 15.00
Leo Trotski: Mein Leben
Leinen 12.50
Karl Marx: Das Kapital
2 Bände 7.50

**DAS GUTE
VOLKSWACHTBUCH**

Brehms Tierleben
Kleine Ausgabe Mit zahlreichen
Abbildungen. DM. 3.85

Thomas Mann:
Buddenbrooks
Leinen Mark 2.85

Andersen Nexö:
Sühne
Mark 3.00

Knut Hamsun:
Das letzte Kapitel
Mark 2.85

Dwinger:
**Die Armee hinter
Stacheldraht** In. M. 6.80

Morgen!

Nur in beschränkten Mengen:

Schwere reinwollene Kaschmir-
und plattierte

Damenstrümpfe
mit ganz kleinen Schönheits-
fehlern Paar 2.25

Schwarze und farbige Damen-
echt Mako-
Strümpfe

mit Doppelsohle und Hoch-
feste Paar 95 Pf.

2000 Paar
kräftige, graue und braune

Vigogne-Socken
1x1 Rand, nahtlos, verstärkte
Ferse und Spitze Paar 35 Pf.

Sehr schöne, moderne
Damen-Handschuhe

Wildlederimit. und Trikot mit
Fantasemansch. oder Druck-
knöpfen, teilweise halb ge-
stiftet Paar 75 Pf.

Schwarze und farbige
Füßlinge

mit kleinen Webeschlern, ver-
stärkte Ferse und Spitze,
darunter ganz gute Qua-
litäten Paar 28 Pf.



Polsterwaren

Aus eigener Werkstatt reist und güt
Sofa, Blümchen und Gobelin . . . von 80—200 Mark
Chaiselongues, große Auswahl . . . 90—100 Mark
Auslegematratzen für 2 Bettstellen . . . 35 Mark
Patentmatratzen für 2 Bettstellen . . . 35 Mark
Abklapp- in modernen Formen
Schlafräume, Etc. 550 Mark
Teilzahlung gestattet!

Albert Nowotny
Weldenstraße 23-24

Masken

neue erstklassige und preisgeehrte,
vergleich bäßig großes Spezialhaus

H. Wiersing Messergasse 50
Telephon 21641

Zeitweise
Seag Rod. u. Smöling-
Anzüge nur neuere Modells
C. P. Pätzold Königstraße 7/9, I.
Akkling. Ausland.

Wohnungen

sucht ein kleines Zimmer
Koff. Betten und gla-
vorhaben. Offerten B.
Geschäftsstelle des Zeitung

Zausche große Lisen. Vo. dersel-
Radnett und Entwicklungs-
Stadt in kleineren Mo-
(Möblier) Off. 12 Ge-
der Zeitung.

Rimbell. Chor sucht
Leerzimmer

find. kompakte, leicht, ein-
heitliche Einzelheiten von Ver-
kauf. Kaufh. Möbel. Koff.
3 Kleine, leif. 4 Kleine

Radio 3 Höhen. Reklamewelt
Staubsauger fast neu verkauf.
Gedächtnis. Bredtstraße 10
Gel. Preisang. d. 3. 74
Möbel der Volkswacht B. in. b. G. Samml. zu

Volkswacht-Buchhandlungen, Breslau
Neu Grünstraße 5, Flursfr. 4, Friedrich-Wilhelm-Str. 105

Generalversammlung des Reichsbanners

Eine Rede von Paul Löbe

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hielt gestern im großen Saal des Gewerkschaftshauses seine Generalversammlung ab. Der Saal war stark besetzt, als unter den Klängen eines satten Marsches der Volksmusik-Kapelle der Einmarsch der Fahnen erfolgte. Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein Vortrag des Ehrenvorsitzenden,

Reichstagspräsidenten Paul Löbe.

Der Redner gab seiner Freude darüber Ausdruck, gerade in der Generalversammlung des Reichsbanners an dem Orte teilnehmen zu können, wo er emporgewachsen ist und wo er unter den Kameraden so viele alte persönliche Freunde hat. Das Reichsbanner ist nicht nur eine Truppe zum Schutz der Republik im politischen Sinne, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht will es den wahren Volksstaat herbeiführen

hessen. Es wäre falsch, zu den Feinden der Republik nur diejenigen zu zählen, die sich offen als solche bekennen, wie Hakenkreuzer und Kommunisten, dazu gehören auch die Großkapitalisten, die ihre Herrschaft über das Volk ausrichten wollen. Allerdings sind es die offenen Feinde, die eine volksfeindliche Politik der anderen begünstigen. Die Republik soll auch

eine soziale Republik

sein. Der Jungdeutsche Orden, der aus einer ganz anderen Tendenz entstand, wendet sich heut bereits gegen die Plutokratie. In elappennähiger Entwicklung ist er zu der Erkenntnis gekommen, daß die Staatsgewalt vom Volke auszugehen muß. Im letzten halben Jahr haben wir die Zersetzung der Deutschen nationalen Partei gesehen. Immer weitere Personenkreise nehmen aus dieser Partei Abschied, um sich gegen die Entwicklung der Kapitalmacht zu wenden. Die erbarmungsreichsten Geschöpfe sind die Nationalsozialisten. Sie haben sich von den Sozialisten Namen und misshandlende Grundsätze angelehnt, doch ihre finanzielle Abhängigkeit vom Großkapital zwingt sie, ihre Befreiungsfähigkeit zu streichen. Um sie zu bestimmen, würden die bestehenden Schichten ihren Einfluß unter einer autokratischen Staatsform ausüben, da ihnen das aber nicht möglich ist, schlagen sie auch die Mittel der Demokratie nicht aus. Das "Volksbegehren" und das Vorgehen Schachts beweisen, daß die Republik noch nicht die Demokratie verbürgt, wenn die Bürger nicht dafür sorgen, daß der Kapitalismus nicht siegreich wird.

Der Redner hält dann eine

Urkau in Europa.

Überall in den nordischen und westlichen Ländern Demokratie, dagegen nur in Spanien, Italien, Ungarn und jetzt auch in Jugoslawien Diktatur. In Österreich ist der Versuch, mit Mitteln aus reichsdeutschen Kasen eine Diktatur aufzurichten, gescheitert; man soll aber nicht glauben, daß man vor neuen Vorstößen gefürchtet ist. In den Ländern mit österreichischer Diktatur zeigt sich immer deutlicher, daß in diesem System keine Rettung vor wirtschaftlicher Not liegt. In Spanien, dem Lande der ältesten, ist sie völlig ins Schwanken gekommen. In fünf Jahren ist das Land zu größeren Schulden gekommen, als in fünf Jahrhunderten vorher. Die Währung ist auf das Schwert geschrägt. In Italien sieht es äußerlich um die Diktatur noch etwas besser aus, infolge der geistigen Knechtschaft, aber Handel und Wandel waren nur auf kurze Zeit bestätigt. Die Handelsbilanz ist passiv und im letzten Jahre gab es in Italien

die Konflikte als in Frankreich und Deutschland zusammen. Dazu ist der Faschismus die grösste Gefahr für den Frieden Europas. Die Rolle Wilhelms II. ist auf Mussolini übergegangen. In Polen ist die Diktatur nur wenig verschleiert hervorgetreten; das hat den politischen und wirtschaftlichen Kredit des Landes schwer beeinträchtigt, doch man nicht gewagt hat, die Diktatur offen zu erklären. In Litauen ist die Diktatur im vollen Zusammenbruch. Ueberhaupt ist die Diktatur nur in Ländern möglich, wo die Volksbildung am tiefsten steht.

Bei uns ist die Entwicklung zur Diktatur noch nicht in absehender Nähe, die Nationalsozialisten erscheinen sogar im Aufsteigen. Aber in den bisherigen vier Reichstagen waren sie 4, 12, 12 und 13 Mann stark vertreten. Nach den letzten Wahlen in Preußen und Bayern könnten sie im Reichstage 24 Männer stark sein, also durchaus nicht so stark, wie sie bereits einmal waren. Vor allem finden sie keine Ergänzung in dem

Ketter und Wunderläter,

der nun einmal zu einer Diktatur gehört. Ludendorff ist zur komischen Figur geworden. Man stelle sich vor, wenn er Reichspräsident geworden wäre, wie wir uns heute in der Gesellschaft eines Narren befinden. Hungenberg's Stern ist ebenfalls bereits in Erscheinung; für ihn haben sich beim Volksbegehrten nur 4 bis 6 Millionen erklärt, 30 bis 32 Millionen sind gegen ihn. Statt Volksstreife anzuziehen, hat er seine eigene Partei auspropt. Jetzt vertritt er den Grundzählein, klein aber rein. (Heiterkeit.) Klein, das ist ihm gelungen, aber rein, das muß noch abgewartet werden. Während Hitler's Stern noch im Steigen ist, wurde das Volksbegehrten im Stahlhelm zum Sprengpulver zwischen Düsterberg, dem Habichten, und Soldt, dem Jagdhäfen. Doch wenn der Stahlhelm ein neues Volksbegehrten nach

mehr Macht dem Reichspräsidenten

einleiten will, haben die Nationalsozialisten eine immer stärker werdennde Hindenburgsche angefangen, so daß sogar dem alten Reichspräsidenten die Geduld röhrt und er Goebbels verflucht hat. Da kann man dem Stahlhelm gratulieren zum Volksbegehrten, mehr Macht dem Reichspräsidenten (Heiterkeit); doch aber die Attitüde der Kreise noch nicht nachgelassen hat, zeigen

die Bombenattentate.

Sie zeigen aber auch die armselige Geistesverfassung der Kreise. Im Reichstage legte man eine Bombe im Sommer, wo der Reichstag gar nicht besammeln war, an das Fenster der Badeanstalt. Höchstens der Bademeister hätte also verunglimpft können. Wenn man sie zu mir gebracht hätte (große Heiterkeit) oder in unser Fraktionszimmer, dann hätte ich mir das eher gefallen lassen. Dann hätte die Sache doch noch einen Sinn gehabt, aber am Fenster der Badeanstalt? Die Attentäter werden von den Nationalsozialisten abgeschüttelt, worfür diese wieder als Feiglinge erklärt werden. Daneben verüben die Nationalsozialisten

jede Woche Gewalttaten.

Es wäre gegen sie eine ganz andere Abwehr möglich, wenn nicht von links auch mit solchen Mitteln gearbeitet würde. (Sehr richtig!) Die Aufgabe des Reichsbanners ist noch lange nicht beendet.

Allen ist zu danken, die im letzten Jahre so viel Opfer für die Sache gebracht haben. Auch in Breslau sind neue große Scharen dem Reichsbanner zugestromt. Viele Bortkommunisten, besonders im Osten, beweisen, daß noch viele Richter nicht wissen, was sie dem neuen Staat schulden. (Sehr richtig!) Immerhin haben im Ganzen die Richter doch angefangen, die Verächter der Republik schärfer anzufassen. Reichswehrminister Gröner hat bekannt, die Reichswehr sei dazu da, die Republik zu schützen. Er hat das Wort Republik gebraucht und nicht irgendein unbestimmtes Wort. In Sachsen und in Pommern zu Demonstrationen des Reichsbanners bereits

Ehrenabteilungen der Reichswehr entsandt worden, aber einzelne solcher Fälle dürfen uns nicht lästigen,

doch die Grundstimmung in der großen Organisation der Reichswehr noch nicht von republikanischem Geiste getragen ist.

In der Verwaltung ist es gelungen, die Zahl der republikanischen Landräte zu vermehren. Der Kultusminister hat auch den nationalsozialistischen die Faust gezeigt. Die leichten Gemeindewahlen haben im Ganzen unseres Einflusses gesteigert, doch ununterbrochene Tätigkeit ist nötig, um das Tempo der Entwicklung zu beschleunigen.

Das größte Hindernis

einer geidehlichen Entwicklung ist die große Geschäftsstochung, vor allem hier in Breslau. Doch das schlimme Übel der Erwerbslosigkeit ist nicht auf Deutschland beschränkt. England ist von derselben Geißel heimgesucht wie auch Rußland, Italien und Amerika. Die gesamte Wirtschaft ist international verschlungen und überall zeigen sich die gleichen Erscheinungen. Wenn heut die Verhandlungen im Haag über den Youngplan zu Ende gehen, dann zeigt sich die neue Bank als der sichtbarste Ausdruck der internationalen Geldverschleistung. Der Geldmarkt von ganz Europa ist infolge des Krieges unähnlich, die Wirtschaft in der nötigen Weise zu fruchten. Kapitalbildung ist nötig, aber es ist nicht nötig, daß sie in den Händen von wenigen reichen Leuten vor sich geht.

Strässlich war das Verhalten Schachts,

den Gemeinden ausländische Anleihen zu verweigern. Ein starker Eingriff der republikanischen Parteien ist notwendig, um die Herrschaft des Bankkapitals zu brechen.

Es ist das alte Schicksal Schachts, daß die Bewohner in ihrer Heimat die Erfüllung ihrer Zukunft nicht sehen können und nach dem Westen abwandern müssen. Das war schon vor dem Kriege so, wo Waldenburger Bergleute nach dem Westen, und schlesische Textilarbeiter nach Sachsen zogen. Den Breslauer Kaufmann finden wir in Berlin wieder, und nun will das Maschinenkapital von Linke-Hofmann auch seinen Schauplatz von Breslau verlegen. Nachdem mit dem Youngplan die Verhältnisse im Westen ihre Regelung finden, muß sehr

die Hauptunterstützungskraft des Staates nach dem Osten gelegt werden. Der Handelsvertrag mit Polen wird ja nun zustandekommen, aber es muß im voraus gelegt werden, daß er uns nach fast vier Jahren Krieg nicht so bald eine

Ueberzahl hat

gesunden hat und bei der Pressagitierung der Gau Mittelschlesien

in ganz Deutschland am besten abgeschnitten ist. Der Redner

bedauerte, daß das Reichsbanner in Breslau bei den republikanischen Parteien keine bessere Unterstützung findet, wohl

aber ist die Unterstützung durch die Gewerkschaften besser geworden.

Die Erleichterung bringt wird. Die Wirtschaft Polens ist in dieser Zeit mit der anderer Staaten in engere Fühlung gekommen, und es wird schwer halten, alle alten Beziehungen wieder zurückzugewinnen.

Das neue Jahr bringt für das Reichsbanner eine große wichtige Kundgebung. Tausende ehemaliger Kriegsteilnehmer wollen sich mit den französischen Kriegsteilnehmern auf den Schlachtfeldern des Krieges die Hand reichen.

Vor zwanzig Jahren waren wir noch keine ausschlaggebende Masse, um die Zerstörungen des Krieges zu verhindern. Die Führer verschwanden in allen Ländern, das sie den Frieden wollten, aber wichtiger ist es, die Massen zusammen zu bringen, die unter Umständen in den Krieg geführt werden sollen. (Lebhafte Beifall.) Ich hoffe, daß es gelingt, die große Friedenskundgebung auftandezubringen und freue mich auf den Tag, wo das Reichsbanner und die Kameraden Frankreichs vor alter Welt ihren Willen zum Frieden dokumentieren werden. (Stürmischer, langlehantender Beifall.)

Gautambour Kamerad Bieckle ließ hierauf seine Kapelle einen neuen von ihm komponierten, sehr schmiedigen Marsch spielen, der fohren den Namen "Paul-Löbe-Marsch" haben wird. (Großer Beifall.)

Hierauf wurde von Kameraden Kukleczynski der Geschäfts- und Kassendienst gegeben, auf den wie noch zurückzukommen. Für heute sei nur mitgeteilt, daß das Reichsbanner im vorigen Jahre

in Breslau fast tausend neue Mitglieder

gefunden hat und bei der Pressagitierung der Gau Mittelschlesien in ganz Deutschland am besten abgeschnitten ist. Der Redner

bedauerte, daß das Reichsbanner in Breslau bei den republikanischen Parteien keine bessere Unterstützung findet, wohl

aber ist die Unterstützung durch die Gewerkschaften besser geworden.

Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis:

Vorstand: Kamerad Alexander; Vorstandender und technischer Leiter: Kamerad Billert; 1. Kassierer und Käschthofleiter: Kamerad Burkert; Sekretär und 2. Kassierer: Kamerad Kukleczynski; 1. Schriftführer: Kamerad Dr. Middlehouse; 2. Schriftführer und Bildungsdezernent: Kamerad Faulhaber; Festsaalzuschreiber: Kamerad Roth; Jugendleiter: Kamerad Hoffmann; Vertreter der Jugend: Kamerad Müller; Vertreter der Gewerkschaften: Kamerad Matzoth; Beifahrer: Kamerad Feilhauer und Kamerad Grosser.

Nach Absingen des Bundesliedes zogen die Banner unter Marschbegleitung wieder aus dem Saale.

Die Statistik der Breslauer Kriminalpolizei 28235 Anzeigen in einem Jahre

Erstmals ein Gesamtbericht über Kriminalität — Fast ein Drittel der Anzeigen sind Antragsdelikte — Die Arbeit der einzelnen Dezernate — 3525 Festnahmen — Das Verbrecheralbum wird wenig benutzt — Fragen für die nächste Statistik

Von der Arbeit der Kriminalpolizei bestimmt die Dersentlichkeit im allgemeinen nicht viel zu sehen. Da gehen einmal ein paar Meldungen durch die Presse von Aufklärung großer Verbrechen, Festnahmen irgendwelcher Missetäter und damit könnte der Laie die Polizeiarbeit eigentlich als ersthöpfen ansehen. Und doch ist das Mitleid, das oft mit dem Mantel des Geheimnisvollen verdeckt werden muß, damit es überhaupt im Interesse der Öffentlichkeit liegt und Erfolge ermöglicht, größer, als man aus kurzen Zeitungsnotizen entnehmen kann. Die Breslauer Kriminaldirektion gibt in diesem Jahre erstmals eine ausführliche Statistik heraus, die über die Tätigkeit während des vergangenen Jahres Aufschluß gibt.

Insgesamt sind nach dieser Statistik im Jahre 1929 28235 Anzeigen erstattet worden, die bearbeitet werden mußten. Es ist klar, daß sich unter dieser Anzahlzahl auch eine Menge Spreu befindet, die allerdings erst durch Arbeit gesondert werden kann von den Handlungen, die den Gesetzen zuwidern laufen und strafrechtlich geahndet werden. Es gibt in der Strafgelehrte eine ganze Anzahl Delikte, die nur auf Antrag eines Beschädigten verfolgt werden, die also bei Fehlen dieser Voraussetzung nicht verfolgt werden. Dennoch werden auch solche Dinge in der ersten Erregung angezeigt. Hauptsächlich fallen hierunter Haussiedensbruch, Sachbeschädigung, Körperverlegung, Verleumdung des Brilesgeheimnisses, Beleidigung und Betrug. Es kommt natürlich auch vor, daß Anzeigen erstattet werden, die irgendinem Nachbedürfnis entspringen und als ganz hastlose Anschuldigungen gefälscht werden. Insgesamt wird die Zahl der erstatteten Anzeigen etwa um ein Drittel geringer, wenn man die Antragsdelikte und die falschen Anzeigen ausschaltet, trotzdem müssen sie über ebenfalls bearbeitet werden, denn bei einer Angeklagterstaltung läßt sich ja niemals übersehen, wieviel die Angaben des Angeklagten etwa unzutreffend sind.

Es liegt selbstverständlich im Interesse eines erfolgreichen Arbeitens einer Polizei, die bei einem Arbeiten im Stile immerhin ganz besonders beweglich sein muß und wohl mit keiner anderen Behörde in diesem Sinne verglichen werden kann, daß neben einer zentralen Leitung auch eine gewisse Dezentralisation geboten erscheint, die sich in der Gliederung nach Fachgebieten zeigt. Leiter oder Beamter des Fahndungskommandos werden selbstverständlich mit Verbrechern, die einer Razzia am besten vertraut sein, weil dies zu ihremständigen Arbeitsgebiet gehört, während andererseits die Beamten der Mordkommission oder des Einbruchsdepartementen auf ihre Arbeitsgebiete am besten eingearbeitet sind, was allerdings nicht etwa besagen braucht, daß nun etwa ein Beamter eines Fachdezernats in einem anderen tätig sein könnte. Wie die einzelnen Abteilungen zu arbeiten hatten, ergibt sich am besten aus der Gliederung der Anzeigen nach einzelnen Gebieten.

351 Verbrechen gegen Leben und Gesundheit.

Hierunter kommen Mord- und Totschlagverbrechen, über deren Mangel sich Breslau ja im vergangenen Jahre nicht beklagen konnte, die aber, im Gegensatz zu einigen noch länger zurückliegenden Straftaten gleicher Art, fast restlos gefälscht werden konnten. Unter diese Rubrik der gewiß schwersten Verbrechen kommen aber auch eine ganze Anzahl, die nicht so gefährlich sind, wie sie sich im ersten Augenblick anhören, denn wenn einmal jemand im Guss ein paar harke Worte gebracht und vom Totschlagen spricht, lei es zu Hause oder anderswo, dann wird es oftmaals auch Anzeigen erstattet. Nicht etwa weil zurückliegender ist die

Zahl der schweren Körperverlegerungen, die sich mit 380 Anzeigen beinahe auf gleicher Höhe hält.

Recht beträchtlich sind die Angeklagten, die das Einbruch- und Diebstahldezernat zu verarbeiten hatte.

2108 schwere Diebstähle, darunter fallen Einbrüche, Einsteige- und Nachschlüsseldiebstähle, wurden registriert. Ganz erheblich ist auch die Zahl der

1436 Fahrraddiebstähle,

die angezeigt wurden. Obwohl man selten davon hört, erreicht die Zahl der

Ueberzehndiebstähle mit 96 eine ganz respektable Höhe, und daß auch die Arbeit der Langfinger einen beträchtlichen Umfang hat, ergibt sich zweifellos aus den zur Anzeige gebrachten

881 Tastendiebstähle.

Ein ganz anderes Gebiet, bei dem die Rechtsbrecher eigentlich in der Hälfte auf die Dummköpfe oder Leichtgläubigkeit ihrer lieben Mitmenschen spekulieren, sind die Betrügereien. Sie sind viel umfangreicher, als man annehmen möchte, denn

889 Betrugsanzeigen

stellen überhaupt den Rekord der gesamten Kriminalstatistik dar. Wenngleich davon ein großer Teil als Antragsdelikte zu bezeichnen ist, so ergibt sich doch aus dieser Zahl die Tatsache, daß im Durchschnitt täglich 18,6 Beträgeren verübt werden.

Wenn in letzter Zeit in Zeitungsberichten von dem "Tägliches Raubüberfall" gesprochen wurde, wenn sich diese Delikte häufen, so lag darin im gewissen Sinne eine Übertriebung, aber wenn sich jetzt aus der Kriminalstatistik ergibt, daß

86 Anzeigen wegen Raubes

erfolgten, so heißt das doch, daß im Durchschnitt auf jeden vierten Tag eine solche Straftat kommt.

205 Erpressungsfälle und 518 Urkundensäufschungen

kamen ebenfalls zur Kenntnis der Polizei und deuten an, daß auch auf diesen Gebieten ein erhebliches Betätigungsfeld für Rechtsbrecher liegt.

817 Anzeigen wegen Sittlichkeitsoverbrechen verschiedener Art

finden gewiß eine erschreckend hohe Zahl, aber auch hierbei dürfte zu berücksichtigen sein, daß es sich gewiß nicht bei allen Fällen um Anzeigen verübler Verbrechen im Sinne des Wortes handelt. Wenn wegen Verbrechens gegen den § 218 insgesamt 181 Anzeigen erstattet wurden und 17 dieser Straftaten mit dem Tode oder Gesetzesstrafe bestraft werden mußten, so ist das statistisch gewertet, eine Bestätigung, daß mehr als 10 vom Hundert, in diesem Falle 13 Prozent der Frauen ihr Leben einzubüßen müssen, die gegen den änderungsbedürftigen Paragraphen verstoßen.

Die Selbstmordziffer ist mit 218

ein Zeichen der großen Not, die überwiegend der Unzufriedenheit der Bevölkerung ist. Beträchtlich höher dürfte die Zahl der nicht registrierten Selbstmordversuche sein. Neben dieser Arbeit hatte die Kriminalpolizei auch noch

128 unbekannte Tote

zu erkennen, was bis auf einen Fall — einer weiblichen Delche, die im Mai an der Polener Eisenbahnbrücke gefunden wurde — gelangt. Von den im Laufe des Jahres

mehr als 3000 Kontrollen von Gewerbebetrieben, Herbergen, Eisenbahnhäusern und Ausländerwohnungen.

Seitens des Publikums wurde

das Verbrecheralbum

wenig in Anspruch genommen. Nur 215 Personen verlangten Eintritt in diese wertvolle Sammlung. Bemerkenswert ist es, daß dabei in 31 Fällen die Herausfindung gefahrvoller Täter gelang. Das bedeutet, daß 14 Prozent der Entnahmen erfolgreich waren. Vielleicht ist die geringe Anspruchnahme darauf zurückzuführen, daß die Offenheit zu wenig Kenntnis davon hat, daß diese Sammlung einzigartig ist. Die neben dieser Sammlung geführte Stadtbibliothek erwies sich ebenfalls als zweckmäßig, denn sie ermöglichte die Festnahme von 190 sonst gewiß unermittelbaren Verbrechern.

Nicht statistisch erfaßt worden ist die Zahl der Ausschüttungen der vorgenannten angezeigten Straftaten, was neben dieser Anzeigenstatistik interessant wäre, ebensoviel vorzüglichlich zu werden, weil es erst einen rechten Überblick über den Wert und die Notwendigkeit der Kriminalpolizeiarbeit geben würde. Dies wäre auch schon ganz besonders deshalb erwünscht, weil in unerheblichen Fällen gerade in der Offenheit die Polizei ohmals unberechtigt an der Hand ist. Nachdem gegen Ende des Jahres 1929 eine Umorganisation der Kriminalpolizei erfolgte, darf erwartet werden, daß sich die Statistikführung in Zukunft auch nach dieser angedeuteten Richtung bewegt.

Generalversammlung der S.A.Z.

Am Freitag hielt die Sozialistische Arbeiter-Jugend von Groß-Breslau ihre Generalversammlung in der Aula des Lützow-Gymnasiums ab. Der Besuch konnte besser sein, das Interesse aber war rege. Einzelheit gab Genosse Seidel den Vorsitzbericht, dem er einige Bemerkungen über die politischen Ereignisse des Jahres 1929, welche die Arbeit der Arbeiter-Jugend bestimmten, vorausschätzte und dabei betonte, daß die an außerordentliche Arbeitslosigkeit sich wie bei der älteren Arbeiterschaft auch in der Jugend bemerkbar macht. Die jugendliche Arbeitsschafft ist in der Jugend hervorragend in der organisatorischen wie propagandistischen Arbeit auswirkt. Im vergangenen Jahr stand die Jüngerenarbeit durch die Inangriffnahme der Rot-Hakenbewegung im Vordergrund. Der Mitgliederstand stieg von 315 auf 482 Ende 1929; jetzt sind bereits 451 erreicht. Der Nachwuchs ist demnach gut, da ja durch den Charakter der S.A.Z. als Durchgangsorganisation alljährlich viele Genossen austreten. Dann gab Genosse Seidel einen Überblick über die vielfältigen und zahlreichen Veranstaltungen des Vorjahrs, wobei die Tätigkeit des Sprechhofs, der Arbeiter-Jugend, der Internationale Jugendtag in Wien und selbstverständlich die Wahlhilfe bei den Kommunalwahlen im Vordergrund standen. Insgesamt waren 1929 in Breslau fünfzehn größere Veranstaltungen und sechs Aufführungen des Sprechhofs zu verzeichnen. In der politischen und kulturellen Schulungsarbeit zeigte sich eine rege Tätigkeit in 376 Vorträgen, die 8400 Besucher aufwiesen. Die Funktionsschulung wurde im wesentlichen in die Heime verlegt, womit man gute Erfahrungen machte. Viel Anklang fand ein Wochenendkursus über Kommunalpolitik, in dem die Genossen Mache und Tisch referierten.

Besonders erfreulich ist die Entwicklung der Heimfrage, da im Vorjahr die Not an geeigneten Heimräumen zu einem großen Teil behoben werden konnte. Außerdem sprach Genosse Seidel über die Zusammenarbeit mit den bestreuten Organisationen, die nicht durchweg in dem erwünschten Maße vorhanden ist, in den Beziehungen zur Gewerkschaftsjugend und den Sportlern jedoch zu der bekannten Gründung einer Arbeitsgemeinschaft geführt hat.

Der Kassenbericht des Genossen Stephan wurde nicht mündlich, sondern im Lichtbild gegeben, was ganz außerordentlich zum Verständnis der Kassenlage, die eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung in der Beitragsleistung zeigte, beitrug. Auch die Partei könnte sich diese Methode ohne Schaden zum Vorbild nehmen, da Kassenberichte zumeist am Verständnis des durchschnittlichen Versammlungsbesuchers vorbeigehen. Genossin Hilde Röde beantragte namens der Revisorin Entlastung des Kassierers, die einstimmig ertheilt wurde. In der Aussprache ergriff zuerst Genosse Esterlin das Wort und erläuterte im Zusammenhang mit den Ausführungen des Genossen Seidel, warum die Haltung der S.A.Z. bei der Verfassungsteuer in der Parteivororganisation vielfach als eine Desavouierung des Ortsvereins angesehen wurde. Auf Antrag des Genossen Ohlig wurde in diesem Zusammenhang beschlossen, in einer gesonderten Gesamt-Mitgliederversammlung diese Frage eingehender zu besprechen, wozu Genosse Esterlin sein Erscheinen zusagte. In der Aussprache, die sich im wesentlichen mit dieser Frage beschäftigte, beteiligten sich die Genossen Kölle von den Jungsozialisten, Kosol und Reichstein. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Seidel wurde unter Leitung des Genossen Auerbach die Befandswahl vorgenommen, die ohne Debatte und Gegenorschläge den Beschlüssen der Funktionärskonferenz folgte und im wesentlichen den alten Vorstand bestätigte; nur die Schriftführer wurden ausgewechselt. Gewählt wurden als Obmann Genosse W. Seidel, als Obmannin Genosse H. Kosol, als Kassierer Genosse H. Stephan, als Schriftführer H. Baudis, als zweite Schriftführerin E. Röde. Als Beisitzer wurden die Genossen W. Kühmann, G. Niebel, zur besonderen Bearbeitung der Agitation W. Bergander und für „Feste und Feiern“ Genosse H. Auerbach bestimmt. Die Revisoren wurden auf Vorschlag der Generalversammlung gewählt. Es erhielten Stimmen: W. Kühmann 115, H. Michel 85, Hilde Röde 104, W. Kosol 46, R. Hein 46. Die ersten Drei waren somit gewählt. Nach Erledigung verschiedener Anträge wurde die ziemlich ausgedehnte Sitzung mit der gemeinsam gefügten „Internationale“ geschlossen.

Jahreshauptversammlung des Siedlungvereins Breslau-Simpel

Den Mittelpunkt der wirklich im Krankenklassen-Erholtungsheim stattfindenden Jahreshauptversammlung des Siedlungvereins Breslau-Simpel bildete ein Referat des Siedlungsfreundes Sieffen als Vertreter des Neumieterschutzbundes. Er gab einen Tätigkeitsbericht des Verbandes und führte unter anderem aus:

Das Jahr 1929 war ein Krisenjahr, das sich in Breslau, infolge der hier besonders schlechten wirtschaftlichen Lage, erheblich mehr auswirkte als in anderen Gegenden. Die Mietpolitik der Stadt Breslau für Neubauwohnungen steht im Gegenzug zu den Richtlinien des Wohnungsausschusses des Reichstages. Es werden für die leichteststellten Wohnungen Mietpreise verlangt, die für die minderbemittelten und mittleren Schichten untragbar sind, und somit der Zweck des Kleinwohnungsbaues illusorisch gemacht wird. Nach obengenannten Richtlinien soll die Miete für Kinderreiche Familien 15 Prozent des Einkommens betragen, in Breslau beträgt sie aber das Doppelte und mehr. Wir müssen verlangen, daß die gesetzte Haushaltsteuer jem. Bau beigegeben wird, nicht wie bisher nur etwa die Hälfte.

Die im vergangenen Jahr eingesetzte Kritik in der Wohnungswirtschaft wird sich in diesem Jahre noch mehr verstärken. Der Neumieterschutzbund wird weiter wie bisher alles tun, um die Mietpolitik für Neubauwohnungen in ein attraktives Gleis zu leiten. Die Miete in den jetzt fertiggestellten Wohnungen ist 30 bis 50 Prozent höher als in den gleichen Wohnungen früherer Bauabschnitte. Um den dadurch in Not und Elend geratenen Mieter zu helfen, hat der Neumieterschutzbund die Bildung Sozialhilfe bereit gestellt. Von den Bürgern hat die Mieterschutzbund und die Mieterrichtung des Stadtparlaments bei Zukunft gebeten, diese Angelegenheit im Kabinett zu erörtern und für eine Regelung einzutreten. Dies ist auch in der am gleichen Tag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung erfolgt. Beim 1. sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion wurde ein Antrag eingebracht. Der Antritt wurde von der Versammlung angenommen und den Abgeordneten 2 und 5 zur sofortigen Bearbeitung überwiesen. Darüber hinaus wird der Verband weitere Schritte

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 8000/8001.
Telefon-Nummern: 8000/8001.

Geschäftet unter Sonnabend von 8-1 und 4-7 Uhr.

Alle Versammlungsanzeigen

und Parteimitteilungen müssen unbedingt an das Partei-Sekretariat gesandt werden. Direkte Einsendungen an die Redaktion bleiben unberücksichtigt. Auch wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Notizen rechtzeitig, spätestens bis einen Tag vor der stattfindenden Versammlung, einzutragen sind.

Auflösung Mittwoch. Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr, bei Scholz, Westendstrasse, Funktionärsversammlung. Mitteilungsblätter und Frauenfeierlinnen erhalten um 7 Uhr.

Auflösung Samstag. Mittwoch, den 22. Januar, abends 7½ Uhr, im Wolfshaus-Museum, Tz. Wallstraße, Funktionärsversammlung.

Auflösung Süden (Distrikte 31, 32, 33). Donnerstag, den 23. Januar, 20 Uhr, bei Müller, Bohrauer Straße 30, Adelsungs-Funktionärsversammlung.

Redner Genossen Lehmann, Böhme, Schröder, Dr. Schröder, Dr. Schröder 27. Die für heute angelegte Frauenversammlung kann erst am Mittwoch stattfinden, da wir den Raum nicht bekommen.

Auflösung 28. Heute abend 7½ Uhr Rath. und Geschäftsbüro bei Genossen Payer, Kleinburgstraße 20.

Sozialistischer Kampfbund

Klausur!

Alle ehemaligen S.A.Z.-Mitglieder und alle interessierten Parteigenossen werden hiermit aufgefordert, zu unserer nächsten Zusammenkunft des Klausur zu erscheinen.

Unterseite der Auflösung Ost: Jeden Dienstag 20 Uhr in der Turnhalle der Margarethenhalle (Tauentzienstraße).

Unterseite der Auflösung Nord: Jeden Donnerstag 20 Uhr in der Turnhalle der Pestalozzischule (Michaelstraße).

Sozialistischer Kampfbund Groß-Breslau.

An obel. In der Knüppelmühle können Sie noch einige Bilder sehen; interessante Gemälde und Mittwoch, 20 Uhr, in der Kinder- und Jugendschule (Weberbaum).

Katholische Kirche für Januar mitteilungen.

Auflösung Ost: Dienstag 20 Uhr beginnt ein neuer Kursus. Turnstunden und mitzubringen.

Auflösung Nord: Donnerstag 20 Uhr beginnen wir unseren Kursus in der Pestalozzi-Turnhalle fort. Turnstunden sind mitzubringen.

Sozialistische Studentengruppe

Gruppenabend ausnahmsweise Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr. Referent spricht über „Die Grundlagen des Marxismus“. Höhe militärische.

Sozialistische Arbeiterjugend

Freitag, 22. Januar 10 Uhr beginnen wir mit unserem Treffen Zeitung von Frau Masse. Mitteilungsblatt 20. Heute sind alle Funktionäre im heim Sitzung.

Freigewerkschaftliches Jugendkongress

Zentralausschuss der Angestellten, Jugendgruppe, heute 20 Uhr im heim der Arbeiterbewegung. Referent Kollege August Böbel und die beiden Straße 45, Vortrag über das Thema „Marxismus“. Referent Kollege Otto Heim 3, Sabotagestraße 71, Vortrag über das Thema „Die Angestelltenfrage“. Referent Kollege K. K. 15/16. — Donnerstag, den 23. Januar, sonstige Versammlungen aus. Um 20 Uhr im Gewerkschaftshaus Funktionärsversammlung des Jugend- und Werksauschusses müssen erscheinen. Unterseite der Mittwoch 1 im Thaliatheater. Karten sind im Heim zu haben.

Auflösung Großherzog-Alsleben (Distrikte 2, 3, 4, 5), Berlin-Kreis, Mittwoch, den 22. Januar, abends 7½ Uhr, Funktionärsversammlung im Berliner Rathaus, Rittergasse 1. Die für heute angelegte Frauenversammlung kann erst am Mittwoch stattfinden, da wir den Raum nicht bekommen.

Auflösung Greifswalder Tor: Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr, Funktionärsversammlung im Greifswalder Tor, Schloßstraße 17. Die für heute angelegte Frauenversammlung kann erst am Mittwoch stattfinden, da wir den Raum nicht bekommen.

Bund der Freidenkerjugend: Sonntag Dienstag 20 Uhr im Heim, Grünstraße 14/16, zum „Lenin“, Freitag, Luxemburg-Abend.

Von den Arbeiterkinderfreunden

Auflösung 7 (Innere Stadt): Dienstag 8-7 Uhr und alle Kinder im Heim. Mittwoch 8-7 Uhr Kästen-Arbeitsgemeinschaft. Freitag 8-7 Uhr Kästen.

Vereinskalender

Vollbund für Müllerland (Dessau-Döbeln). Mittwoch, den 22. Januar, 8 Uhr, 8-täglicher Vortrag im „Schwarzen Adler“ bei Döbeln. Höhe eig. kommen. Margarethenhalle Breslau 8. K. 16/18. Mittwoch, den 22. Januar, 20 Uhr, im Saal Gemeindeverammlung. Geschäftsbüro. Antrittsrede des Herrn Kurt Altmeyer. Thema: „Die Bestimmtheit des Willens“. Freie Wortsprache. Erstellen einer Mitglieder-Pflicht.

Die Montessori-Gelehrungsmethode

Die Breslauer Montessori-Gesellschaft hält ihre Mitglieder und Freunde zum Vortrag von Fr. Sophie Kuhn „M. Montessori beim Internationalen Pädagogischen Kongress in Helsingør“ eingeladen.

Die Referentin streift kurz den Ausgangspunkt und das Ziel der großen Pädagogin. M. Montessori ist Mutter gewesen, und hat ihre Erfüllung an schwachsinnigen Kindern begonnen. Angeregt durch den Erfolg, hat sie ihre Methode, die in der Befreiung des Kindes gesetzt, verändert auf normale Kinder angewandt.

Die Montessori-Methode ist angewandte, wissenschaftliche Pädagogik. Somit ist die Stellung des Lehrers gegeben. Wie ein Wissenschaftler muß er sich beobachtend, abwartend, nicht treiben oder zwingend dem Kind gegenüber verhalten. Er darf sich nicht einbilden, das Kind zu formen. Das Kind formt sich selbst, indem es seine inneren Kräfte lädt und stärkt. 1907 eröffnete Maria Montessori in Rom ihr erstes Kinderhaus. Das Hauptaugenmerk ist dabei auf die spontanen Neuerungen der Kinder gerichtet.

Durch das diesen besonderen Bedürfnissen angepaßte Material ist die sensible Periode (besondere Aufnahmefähigkeit) der 3 bis 6-jährigen Kinder voll ausgeweitet werden. Der Erwachsene muß abwägend die Aktivität des Kindes kommen lassen, und darf nicht über austauschende innere Hemmungen hinweghelfen. Die Beobachtungen, daß sich das Kind bei den selbstgestellten Aufgaben, die dauernde, große Konzentration zeigen, überanstrengt, sind unnötig. Nur befohlene Aufgaben strengen an. Ein in seiner Aktivität ungehemmtes Kind hat befriedigende Beziehung und Liebe zu seiner Arbeit, und erscheint eher erfrischend als ermüdet.

Eingehend auf die Bevollmächtigung und erzieherischen Erfolg des Kinderhauses wird von der Referentin die Stellung des Kindes in der Familie untersucht. Sie weist nach, daß das verwöhnte Kind der begüterten Familie in seiner selbständigen Entwicklung schwächer daran ist, als das Kind dort, wo fern von direkter wirtschaftlicher Not mit den Leistungen des heranwachsenden Kindes gerechnet wird.

Frage, die das Montessorimaterial und seine Auswirkungen betrifft, werden leider nur gestreift. Die Vorführung der neuen geometrischen Figuren befindet sich nicht ganz.

Die Fülle der oft nur schlagwortartig behandelten Gebiete der Montessori-Methode gestatteten dem einigermaßen Eingeweihten ein Uitgehen. Den Hörer aber, der eine einfache Einführung erwartet hat, werden sie nicht ganz befriedigen haben.

Die unpolitische Reichswehr

Vor einiger Zeit brachten wir die Mitteilung, daß auf dem Ring ein Reichswehrsoldat Flugblätter der Rechtspartei verteilt haben sollte. Leider war es nicht möglich, die Personale und den Truppenteil, dem der Zettelverteiler zugehörte, festzustellen. Nähere Nachforschungen haben bis jetzt ebenfalls nichts Genaues ergeben. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß hier eine Verwechslung vorliegt, zumal man in der letzten Zeit zu wiederholten Malen feststellen konnte, daß Stahlhelmeutefeldgrau Uniform tragen und unten Reichswehrdaten zum Verwechseln ähnlich sehen. Den in Frage kommenden und interessierten Behörden wäre darum nahezulegen, gegen diesen Unfug einschreiten.

* Silberhochzeit feiert heute Genosse Alois Schatz Gabitzstraße 90. Er ist seit dieser Zeit Leiter der „Volkswacht“.

* Silberhochzeit feierte dieser Tage der Zimmermann Gustav Adam und seine Ehefrau Maria, geb. Kanzel, Antonstraße 51 wohnhaft. Er ist sozialdemokrat und politisch lange Jahre organisiert, ebenso ist die „Volkswacht“ seit Begründung der im Hause.

* Im Jahresbericht der Partei mußte am Schlus die Unterschrift nicht U. Kr., sondern H. Kr. heißen, da selbstverständlich der Sekretär der Partei den Bericht abgefaßt hat.

* Nicht aus der Deutschen Nationalen Volkspartei ausgetreten sind die Breslauer Stadtverordnete Bergmann, Buchholz und Zottka. Sie liefern uns mit, daß sie nicht — wie ein Korrespondenzbüro meldet — aus der Deutschen Nationalen Volkspartei ausgetreten sind, sondern nach wie vor noch Mitglieder der Deutschen Nationalen Volkspartei sind.

* Museum der bildenden Künste. Das Museum der bildenden Künste, Museumsplatz, zeigt zurzeit eine interessante Ausstellung des Malers Kleuz von Jamall (1811), die unentzüglich anzusehen ist.

Aus einer

Seide Is = Dose

kommen, heißt: alle guten Eigenschaften und Wirkungen, die Familie seinster Zachtung haben kann, in sich vereinigen.

Dies Jahr sind besonders gut geraten: junge saudafrikanische Schnittbohnen, junge Erbsen, Spargel, junger Spinat und Karotten.

Mehr Kraft — mehr Genuss.

Stärk vom Seide in diese Dose.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Bedeutliche Gefahrengemeinschaft

Seit dem sozialreaktionären Vorschlag des Hansabundes vom Frühjahr 1929 muß sich die Arbeiterschaft immer wieder gegen Verluste, das Gleichgewicht im Reichshaushalt auf Kosten der Sozialpolitik heraustreten, zur Wehr setzen. Der neueste Versuch dieser Art ist der Vorschlag, die Sozialversicherungssträger zu verpflichten, beim Auftreten bringenden finanziellen Bedarfs in der Arbeitslosenversicherung zu dieser im Darlehenweise Hilfe zu leisten, d. h. eine Art Sozialversicherungsgemeinschaft der einzelnen Sozialversicherungssträger zu schaffen. Dieser Vorschlag muß auf Leute, die die Verhältnisse der Sozialversicherung nicht genau kennen, Eindruck machen. Nicht minder für den Vaten plausibler als die Empfehlung einer Art Gefahrengemeinschaft unter den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung anzunehmen der Arbeitslosenversicherung. Aber gerade weil dieser Vorschlag etwas Verfährliches an sich hat, kann nicht scharf genug auf seine Gefährlichkeit hingewiesen werden.

Die Befürworter einer Sozialversicherungsgemeinschaft der einzelnen Sozialversicherungssträger wollen vor allem die große Un Sicherheit in der Finanzierung des Reichs infolge der mit den Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt verbundenen Kosten der Arbeitslosenversicherung aus der Welt schaffen. Ihr Vorschlag würde aber nur die Unsicherheit in den Finanzverhältnissen des Reiches, soweit sie auf den Sozialaufwand zurückzuführen sind, auf die Versicherungssträger abwälzen, d. h. auf die Invaliden- und Altersversicherung; denn nur diese beiden lämen für eine Hilfsaktion in Frage.

Kann die Invalidenversicherung die ihr zugesetzte Rolle übernehmen? Dass sie das nicht kann, dafür gibt die Gewerkschaftszeitung, das Organ des ADGB, in ihrer neuesten Nummer einen überzeugenden Beweis.

Die Bilanz der Invalidenversicherung im Jahre 1929 ist alles andere als erfreulich. Sie ergibt eine sehr beachtliche Verbesserung der Finanzverhältnisse. Die unschönen Zahlungen des Reichs bewirken sich auf 201 Millionen, die unzureichende Rentenerhöhung (Lex Grüttner) beträgt 16 Millionen und der Beitragsausschall 45 Millionen. Es liegt also ein Minus von insgesamt 265 Millionen vor. Nach der Denkschrift des Reichsministers vom Januar vorigen Jahres hat die Invalidenversicherung nur noch bis zum Jahre 1933 mit bis dahin immer niedriger werdenden Überschüssen aus Beitragsentnahmen zu rechnen. Kritikatoren müssen das Tempo dieser Entwicklung beklagen. Schon im vergangenen Jahre hat die Verordnung des Reichs an die Invalidenversicherung und die damit verbundene Hemmung Gelder zur Belebung des Bauparkes flüssig zu machen, zu den schweren Stockungen im Baugewerbe beigetragen. Dadurch wurde die Arbeitslosigkeit gesteigert und die Arbeitslosenversicherung belastet. Würde nun die Invalidenversicherung auch noch gleichzeitig zu einer Gefahrengemeinschaft für die Arbeitslosenversicherung nezwungen, dann lämen von ihrer Seite aus Wohnungshypotheken überhaupt nicht mehr in Frage. Dabei ist zu beachten, daß die Vermögensbestände der Invalidenversicherung gar nicht in der erforderlichen Höhe flüssig zu machen sind; denn in ihnen stecken die Ablagen in eisernen Verwaltungsbüuden und Heilstätten, ferner etwa 25 Prozent tatsächlich noch geliebhaber Anlagen in Reichs- und Staatspapieren, weiter Haushaltsbedarf an Kleinmühnungen sowie humanitären oder sanitären Einrichtungen und schließlich erheblich Bestände an langfristigen Kommunalrediten. Will man diese Kapitalanlagen aufzukaufen und damit den Krisenstaat verstärken? Will man den Teufel mit Beelzebub austreiben?

Mit der Invalidenversicherung ist, wie man sieht, kaum eine Gefahrengemeinschaft zu begründen. Und mit der Unfallversicherung? Von dieser hat man bereits Hilfe zur Belebung des Baumarktes gefordert. Die Minister unter den Befürwortern der Gefahrengemeinschaft meinen, der Wohnungsbaumarkt werde nach Abschluß der Reparationsfrage ganz bestimmt durch Auslandsgefeld finanziert werden. Sie verweisen auf die bereits vor Jahren erörterten Pläne zur Finanzierung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms auf mehrere Jahre hinaus, wobei der Grundgedanke war, daß die Belebung der Wohnungsnot nicht lediglich der gegenwärtigen Generation ausgebildet werden dürfe, da die Wohnungen ja nicht für zehn und zwanzig Jahre, sondern mindestens für fünfzig Bestand hätten. Demgegenüber muß, selbst wenn man einer Wohnungsbaufinanzierung im angekündigten Sinne sympathisch gegenübersteht, mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß wir sehr schnell Hilfe für den Wohnungsbaumarkt brauchen. Im Nu wird das Frühjahr da sein. Kann bis dahin eine großzügige Wohnungsbaufinanzierung mit Hilfe von Auslandsgefeld geschaffen werden? Wir sind skeptisch. Der Arbeitslosenversicherung hilft man nicht durch eine Schröpfung der Sozialversicherung, sondern durch Belebung des Arbeitsmarktes. Die 300 000 Arbeitslosen, die wir — wenn man so sagen darf — über den Normalstand der Arbeitsmarktkrise hinaus haben, verdanken wir Herrn Dr. Schacht. Wenn wir seiner Politik, d. h. seiner Finanzpolitik, mit der er die Arbeiterschaft aushungern und zur Kapitulation zwingen will, nichts in Ende machen, dann werden wir auch in nächsten Jahren wiederum 300 000 Arbeitslose zu viel haben und damit 300 Millionen Schulden der Arbeitslosenversicherung. Die Befürworter der Gefahrengemeinschaft der Sozialversicherungssträger zugunsten der Arbeitslosenversicherung sagen: ein Notlohn verlängert Notmägnahmen. Unsere Antwort darauf lautet: richtig, aber die richtige Notmägnahme ist, daß man Herrn Dr. Schacht das Handwerk legt.

Die Genfer Kohlenkonferenz

Noch keine Einigung über die Arbeitszeit

Ob es in der Kohlenfrage gelingt, ein Abkommen über die Arbeitszeit unter Tage fertigzustellen, ist auch am Freitag trock zweitligiger Vermittlungsvorschüsse noch nicht entschieden worden.

Mehr als 100 Anträge und Abänderungen sind in den beiden letzten Tagen eingereicht und verworfen oder zurückgezogen worden. Es zeigt sich, daß die Arbeitgeber und einige Regierungen, darunter Spanien, Polen und Deutsches Reich, nur ein Abkommen zugeschlagen wollen, das auf der Arbeitszeit des am längsten arbeitenden Landes beruht. Aber auch die übrigen Regierungen sind wenig neugierig, Bestimmungen anzunehmen, die die jetzigen Arbeitsbedingungen in ihren Ländern verändern. Die Frage wird noch mehr kompliziert durch das Hinterspielen anderer Fragen. So enthielt sie der Vertreter der deutschen Regierung am Freitag bei der Abstimmung über die Arbeitszeit von 7½ Stunden der Stimme, weil im Antrag, den Braunkohlenförderung zu gewinnen, nicht angenommen worden war. Der deutsche Regierungssprecher verteidigt den Standpunkt, daß der deutsche Braunkohlenbetrieb bei der Rödgenbahn, der schon an und für sich gegenüber dem günstigeren liegenden Tagebau befähigt ist, konkurrenzfähig wird, wenn dort eine längere Arbeitszeit als im Braunkohlen-Tagebau eingeführt wird. Welten will so lange nicht unter einer einzigen Bahnunterzeichnung, die nicht in allen Ländern, wie in Polen, eine gelegte Urabstimmung vorgenommen wird.

Hilfemaßnahmen für die Arbeitslosen der Tschechoslowakei

Das tschechoslowakische Ministerium für soziale Fürsorge hat für beschäftigungslose Arbeiter außerordentliche Hilfemaßnahmen angeordnet, zu diesem Zweck 2½ Millionen Kronen bereitgestellt.

Die neuen Verhandlungen zwischen tschechischen Agrarier und den Landarbeitern zur Erneuerung des geltendigen Kollektivvertrages, die bislang in Prag stattfanden, verlaufen ergebnislos. Agrarier glaubten, die Arbeitszeit müßt um und damit eine knappe Mehrheit auf sie vereinbart werden. Am Sonnabend nachmittag soll in einer öffentlichen Sitzung die endgültige Entscheidung über das Schicksal der Konferenz und damit des ersten Versuchs, die Arbeitszeit unter Tage besonders zu regeln, fallen.

Der Gesetzentwurf über Beamtenvertretungen kommt endlich vor den Reichstag

Dem Reichstag ist vom Reichsinnenminister der Entwurf zu einem Gesetz über Beamtenvertretungen vorgelegt worden. Er sieht vor, daß bei den unmittelbaren Dienstvorgesetzten Beamtenausschüsse und bei den höchsten Dienstvorgesetzten außerdem für alle ihm unterstellten Beamten Hauptbeamtenausschüsse eingerichtet werden. Für das Reich und jedes Land wird je eine Einspruchskammer für Beamtenvertretungen gebildet. Beamten im Sinne der Vorlage gleichgestellt sind Anwärter, die ohne Beamte zu sein, vom Betriebsratgesetz ausgenommen sind, und Arbeitnehmer, die nach den Bestimmungen des Betriebsratgesetzes nicht als Arbeiter im Sinne des Betriebsratgesetzes gelten. Nicht unter das Gesetz fallen Wartegeldempänger, soweit sie nicht wieder bei einer Behörde beschäftigt sind, ehrenamtliche Beamte sowie Beamte und Beamtenanwärter, die nach dem Betriebsratgesetz als Arbeiter oder Angestellte zu betrachten sind.

Der Beamtenausschuß besteht bei Dienststellen mit 20 bis 50 Beamten aus drei Mitgliedern, in Dienststellen mit 50 bis 100 Beamten aus fünf, 100 bis 500 aus sechs, 500 bis 1000 aus sieben, 1000 bis 1500 aus acht und in Dienststellen mit über 1500 Beamten aus neun Mitgliedern. Bei Dienststellen mit weniger als 20 Beamten, aber mit mehr als fünf wahlberechtigten und drei wählbaren Beamten sind an Stelle des Beamtenausschusses ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter zu wählen.

Die Beamtenausschüsse haben das Recht, Anträge und Entgegensetzungen und Anträge der Beamten, die sich auf Dienstangelegenheiten allgemeiner Art beziehen, entgegenzunehmen,

und, wenn sie für begründet gehalten werden, bei dem Diergesezten zu vertreten, insbesondere auch Anträge und Entgegensetzungen über Wohlfahrtseinrichtungen, über den Grad der Arbeitsleistung und Verbesserung des Beschaffens oder des Betriebes. Sie haben das Recht, dienstliche Meinungsverschiedenheiten der Beamten untereinander im Verhandlungswesen zu legen, sowie persönliche Beschwerden über dienstliche Verordnungen entgegenzunehmen und gegenüber der Verwaltung vertreten. Auch sollen sie Unfall- und Gesundheitsgefährdeten vorgelebt haben. In bezug auf Entschließungen des Dienstvorgesetzten haben die Beamtenvertretungen das Recht der Mitwirkung einschließlich der Beschwerde, Aussstellung und Aenderung von allgemeinen Befehlen, die der Dienstvorgesetzte bei Betrieb der Dienststelle regelt, welt hierdurch die persönlichen Verhältnisse der Beamten berühren werden, ferner bei Aufstellung der Dienststundenpläne und Grundsätze für die Regelung von Vertretungen, bei Feststellung des Urlaubspfanes, Gewährung von außerordentlichen Entgelten, Ernennung von Vertrauensmitgliedern usw.

Der Reichsrat hat an der Regierungsvorlage verschiedene Verschlechterungen vorgenommen, die erster Linie auf Anträge Bayerns zurückzuführen sind. In dem hat Bayern schließlich die Gesamtvorlage abgelehnt. Der Gesetzentwurf stammt noch aus der Aera des Reichsinnenministers Schleier. Schon vier Jahre wird über

Was wird am 1. Januar 1932?

6 Milliarden Mark Aufwertungsschulden sollen mobilisiert werden

Am 1. Januar 1932 wird der größte Teil der Aufwertungsschulden fällig. Über das Schicksal von schätzungsweise 6 Milliarden Mark Hypothesen wird bis zu diesem Tage eine Entscheidung getroffen werden müssen. Es handelt sich also um einen bedeutenden Teil des in der deutschen Wirtschaft investierten Kapitals, der in irgend einer Form in Bewegung geraten wird. Trotzdem besteht aber heute, knapp zwei Jahre vor dem Stichtag, noch keine Klarheit über das Schicksal der Aufwertungsschulden.

Bestimmte Fragen sind noch offen, für die eine gesetzliche Regelung unentbehrlich ist. So besteht zum Beispiel in der Aufwertungsgesetzgebung die Lücke, daß über die Tilgungshypothesen bei den Realcreditinstituten, die zum Teil noch viele Jahre nach 1932 laufen, für die Zeit nach dem 1. Januar 1932 keine Bestimmung getroffen wurde. Es versteht sich von selbst, daß der Zinsatz für sie, der jetzt nur 5 Prozent beträgt, erhöht werden wird. Der Mehrbelastung durch den niedrigen Tilgungszins, die die Schuldner dieser Hypothesen zu tragen haben, steht auch der Vorteil gegenüber, daß diese 1932 nicht gefordert werden können.

Eine weitere Schwierigkeit, die nur auf gesetzgeberischem Wege überwunden werden kann, liegt im § 1119 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Dieser Paragraph bestimmt, daß für Erhöhungen des Zinses einer Hypothek über 5 Prozent die Zustimmung sämtlicher in dem Range nachfolgender Hypothekenhalter erforderlich ist. Da jede Prolongierung oder Umwidmung der Aufwertungshypothesen auf der Grundlage einer Erhöhung des Zinses über 5 Prozent erfolgen müssen wird, müßten also in jedem einzelnen Falle die anderen Hypothekenhalter um ihre Zustimmung angegangen werden. Die Aufrechterhaltung dieser Bestimmung würde offenbar das ganze Umlaufungswerk gefährden oder zum mindesten wesentlich erschweren. Ein Eingriff in die bisher verordneten Rechte der den Aufwertungshypothesen nachfolgenden Hypothekenhalter wird also unerlässlich sein und rechtfertigt sich auch mit der Erwägung, daß jeder, der eine zweite oder dritte Hypothek hinter einer Aufwertungshypothek erworben hat, damit rechnen mußte, daß im Jahre 1932 der Zins für die Aufwertungshypothesen erhöht werden wird. Immerhin sollte die Aenderung des § 1119 BGB zunächst auf die Aufwertungshypothesen beschränkt werden.

Die eigentliche Streitfrage ist die, ob das Gesetz eine Prolongation der Aufwertungsschulden in weitem Ausmaße vorsehen soll und in weitem Ausmaße. Ursprünglich scheint der Plan bestanden zu haben, für sämtliche Aufwertungsschulden den Fälligkeitstermin auf das Jahr 1937 zu verschieben. Dieser Plan hat mit leicht starker Gegenwart gefunden, denn seine Verwirklichung wäre nur zum Nachteil der Inflationsgeschädigten möglich gewesen und hätte auch an der Unsicherheit der Rechtslage und an den Schwierigkeiten der endgültigen Regelung nicht das Geringste geändert. Inzwischen verabschiedete vor einiger Zeit, daß im Reichsfürstministerium ein Referentenentwurf ausgearbeitet wurde, der vorsieht, daß die Hälfte des Zinses bis zum Jahre 1937 in die Bedingung um längstens fünf Jahre an die Fälligkeitstermine um längstens fünf Jahre an die Bedingung getilgt wird, daß der Schuldner nachweist, daß ihm die Bezahlung des auf Rückzahlung notwendigen Betrages nicht oder nur zu untragbaren Bedingungen möglich ist.

Auch gegen diesen Plan eines Teilmoratoriums bestehen gewichtige Bedenken, eine derartige Verlängerung von Gläubigernmüthen auf den Kapitalmarkt schwer beurteilbar.

Man wird zur Begründung eines Teilmoratoriums gestellt, daß, wenn für ungeheure Kapitalmärkte gleichsam an einem Tage in Bewegung gelegt, der Kapitalmarkt immer Störungen ausgesetzt würde und für große Gruppen von Aufwertungsschuldner eine kritische Situation entstehen würde. Es

ist zuzugeben, daß es keine glückliche Lösung der Aufwertungsfrage war, den Fälligkeitstermin für nahezu sämtliche Aufwertungsschulden auf einen Tag festzulegen. Aber man darf Schwierigkeiten dieser Situation auch nicht überheben. Ein großer Teil der Aufwertungshypothesen, nämlich die Anstalshypothesen (die von Hypothekenbanken, Sparassen, Versicherungen und gesellschaftlichen usw. gewährten Hypothesen), wird vorläufig verschärfen, während die der Dienstvorgesetzten bei Aufstellung der Dienststundenpläne und Grundsätze für die Regelung von Vertretungen, bei Feststellung des Urlaubspfanes, Gewährung von außerordentlichen Entgelten, Ernennung von Vertrauensmitgliedern usw. bestimmt werden, ferner bei Aufstellung der Dienststundenpläne und Grundsätze für die Regelung von Vertretungen, bei Feststellung des Urlaubspfanes, Gewährung von außerordentlichen Entgelten, Ernennung von Vertrauensmitgliedern usw.

Der Reichsrat hat an der Regierungsvorlage verschiedene Verschlechterungen vorgenommen, die erster Linie auf Anträge Bayerns zurückzuführen sind. In dem hat Bayern schließlich die Gesamtvorlage abgelehnt. Der Gesetzentwurf stammt noch aus der Aera des Reichsinnenministers Schleier. Schon vier Jahre wird über

Jedenfalls wird jetzt darauf hingearbeitet werden müssen, daß erstmals baldmöglichst eine gesetzliche Regelung der Aufwertungshypothesen vorgenommen wird, die einen endgültigen Rechtszustand schafft und die Inflationsgeschädigten kein neues Unrecht aufzufügen, und zweitens die Schuldner und Gläubiger von sich aus baldmöglichst an die Regulierung der Schulden herangehen, damit größere Schwierigkeiten des Kapitalmarktes um die Zeit des Stichtags vermieden werden. Deshalb ist es zu begrüßen, daß von privaten Interessenstellen die Initiative in dieser schwierigen Frage ergriffen wurde, die die gesetzlichen Instanzen eine Entscheidung getroffen haben. Die Meininger Hypothekenbank hat ihren Pfandbriefkrediten und den Aufwertungshypothekenhaltern ein Umtauschangelobt und die Aufwertungshypothekenhaltern ein Umtauschangelobt gemacht, das zwar nur einen kleinen Teil ihrer Liquidationspfandbriefe bzw. Aufwertungshypothesen umfaßt (8 Millionen von insgesamt rund 70 Millionen Liquidationspfandbriefen), aber für sie eine endgültige Regelung zu Bedingungen vorliegt, die für die heutige Kapitalmarktsituation einigermaßen gemessen sind. Gleichzeitig hat die Commerz- und Privatbank eine Umtauschungsstelle geschaffen, die den Aufwertungsschulden bei der Suche nach neuen Geldgebern behilflich und ihnen Zwischenkredite gewähren soll.

Es ist zu hoffen, daß auf diesen oder ähnlichen Wege weiter gefritten wird, die einen endgültigen Rechtszustand schafft und die Inflationsgeschädigten kein neues Unrecht aufzufügen, und zweitens die Schuldner und Gläubiger von sich aus baldmöglichst an die Regulierung der Schulden herangehen, damit größere Schwierigkeiten des Kapitalmarktes um die Zeit des Stichtags vermieden werden. Deshalb ist es zu begrüßen, daß von privaten Interessenstellen die Initiative in dieser schwierigen Frage ergriffen wurde, die die gesetzlichen Instanzen eine Entscheidung getroffen haben. Die Meininger Hypothekenbank hat ihren Pfandbriefkrediten und den Aufwertungshypothekenhaltern ein Umtauschangelobt und die Aufwertungshypothekenhaltern ein Umtauschangelobt gemacht, das zwar nur einen kleinen Teil ihrer Liquidationspfandbriefe bzw. Aufwertungshypothesen umfaßt (8 Millionen von insgesamt rund 70 Millionen Liquidationspfandbriefen), aber für sie eine endgültige Regelung zu Bedingungen vorliegt, die für die heutige Kapitalmarktsituation einigermaßen gemessen sind. Gleichzeitig hat die Commerz- und Privatbank eine Umtauschungsstelle geschaffen, die den Aufwertungsschulden bei der Suche nach neuen Geldgebern behilflich und ihnen Zwischenkredite gewähren soll.

Es ist zu hoffen, daß auf diesen oder ähnlichen Wege weiter gefritten wird. Den Aufwertungsschulden ist angenommen, nicht ihre Hoffnung darin zu sehen, daß sie wieder einmal der Staat hilft, die Regulierung alter Schulden zu verschleppen, nachdem diese ohnehin schon auf ein weiteres und ihre Vergütung auf einen Bruchteil der ursprünglich herrschenden Zinsrate herabgedrückt wurden, sondern im Verein mit den Realcreditinstituten und anderen Kapitalinstituten energisch daran gehen, selbst für die dringlichwendige Bereinigung ihrer Schulden zu sorgen.

Die Rassefrage des Reiches

die für den nächsten Moment nicht besonders günstig urteilen ist, hat dadurch eine Erleichterung erfahren, daß die Prolongation der am 31. Januar 1930 fällig werdenen Reichsschulden am 1. Februar 1931 mit dem Reichstag mit den Großbanken stimmen die Banken Prolongation von 100 Millionen Mark bis Ende Juli und die Prolongation von weiteren 100 Millionen Mark bis Ende September zu. Der Zinsatz richtet sich nach dem Reichsbank-

AUS ALLER WELT

Großfeuer im Straßenbahndepot

In dem großen Augsburger Straßenbahndepot brach amontag abend ein Großfeuer aus, das bald die ganze etwa Meter lange und 25 Meter breite Lagerhalle erfaßt hatte. Das Gebäude fiel den Flammen bis auf die Grundmauern zum Opfer. Viele Wälle von Maschinen, Motorwagen und Anhängern, im Werte von etwa 200 000 Mark, wurden vernichtet. Das Feuer wurde durch Kurzschluß hervorgerufen.

Die Bahnhofskatastrophe von Dinkelscherben

Vor dem erweiterten Schöffengericht Augsburg begann amontag der Prozeß wegen des Eisenbahnunglücks in Dinkelscherben. Hier sind zwanzig Zeugen und fünf Sachverständige eingezogen, unter anderem ist eine Gerichtsbefestigung der Unglücksstelle in Aussicht genommen.

Das Gericht vernahm zunächst den Hauptangestellten, Hilfsleiter Hübner. Hübner macht einen ruhigen und beweisen Eindruck. Er ist seit 1919 bei der Bahn und erhielt seine erste Anstellung als Weichenwärter. Den Dienst im Stellwerk 2, bei dem sich das Unglück ereignete, verlor er erst zu einer Zeit. In der Bedienung dieses Stellwerkes ist er überhaupt nicht unterrichtet worden. Er gab zu, daß er am fraglichen Tage das Zerstreut war, da er an dem gleichen Tage seine schwere Frau in das Krankenhaus überstellt worden ist. An Apparatur seien wiederum Störungen aufgetreten. Ansonsten hätte mangelhaft funktioniert, besonders bei Gleis 4, auf das Unglück passierte. Nachdem der voranfahrende Güterzug welche passierte hätte, wäre es Hübners Aufgabe gewesen, die wieder auf ihre Grundstellung zu bringen. Der Angeklagte ist heute nicht mehr genau, ob er das seinerzeit unterlassen habe. Erst als man den einschlägenden Vorzugszug weitesten Fahrt habe, habe er die Weichenstellung bemerkt, da sei er davon geworden, daß er auch diesmal das einzige Richtige unternehmen, nämlich das Einfahrtssignal juristisch zu machen. Wenige Minuten später war das Unglück geschahen. Die Vernehmung blieb darum abgeschlossen. Das Gericht setzte hierauf die Handlung aus, um neuerdings genannte Zeugen zu laden.

Rauschgifte München bahnpostlagernd

Auf Grund der Entdeckungen eines Münchener Antiquitätenhauses beschäftigte sich die Münchener Kriminalpolizei mit Schweizer Kokainsiedlungen nach München und im Zwischenhandel von Kokain, Morphin und Heroin zwischen Berlin und Hamburg. Die Kriminalpolizei hat unterdessen konkrete Mitteilungen erhalten, so daß bereits vier Tage mit Festnahmen zu rechnen ist. In der Landwehrstraße, nicht weit vom Münchener Hauptbahnhof, sind einige Personen als Kuppel- und Abteilungsquartiere bekannt. Es wurde festgestellt, daß in diesen „Zentren des Nachtlebens“ sehr viel Rauschmittel verkauft werden, ohne daß bisher Käufer und Verkäufer standig gemacht werden konnten. Durch die Recherchen eines Münchener Journalisten konzentrierte sich indessen der Verdacht auf zwei Personen, die auf dem Münchener Paketpostamt handelnde kleinere Sendungen abholten, die auf der deutschen Seite Schweizer Grenze aufgegeben worden sind. Die Sendungen durch ihre Kleinheit auf: sie enthielten Kokain. Ein Teil des Kokains ist in München verkauf worden, der Rest wurde schließlich nach dem Norden verschoben. Zu die Affäre ist auch in Schwabing wohnender Apotheker verwickelt, der offenbar Kokain von Lindau am Bodensee im Auto geholt hat. Er auch für die Weiterverteilung die Hauptmittelperson sein.

Strafanträge im Prozeß Lindemann

In dem Prozeß gegen Kommerzienrat Karl Lindemann, seinen Brüder Otto und Gustav Lindemann und die Kaufleute F. und F. Ros, der seit einiger Zeit die Sonderabteilung des Schöffengerichts Linien-Mitte beschäftigte und bei dem es sich die Kurstreiberei mit den Aktien der Brandenburgischen Industrie A.-G. handelt, beantragte der Staatsanwalt gegen Kommerzienrat Karl Lindemann wegen betrügerischer Kurstreiberei und verschiedener Vergehen gegen das Handelsgebot eine Samtstrafe von zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe oder weitere 200 Tage Haft oder neun Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe oder weitere 180 Tage Gefängnis, gegen Gustav Lindemann eine Jahr sechs Monate Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe oder weitere 50 Tage Gefängnis, gegen Otto Lindemann eine Jahr Monate Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe oder weitere 50 Tage Gefängnis, gegen Wih 600 Mark Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis und schließlich gegen Frosch 30 Monate Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe oder weitere 50 Tage Gefängnis.

Verhafteter Schwindlerbankier

Von der polnischen Polizei ist in der Nähe von Katowitz seit November 1929 aus Berlin flüchtige Bankkommissionär Albert Löwenstein in festgenommen und der deutschen Polizei übergeben worden; er ist bereits nach Berlin-Moabit überführt. Löwenstein wird beschuldigt, von Auslandsdeutschen Reichsbudschaftrückerungen auf seinen Namen haben übergeschrieben zu haben. Zwar hatte er den früheren Besitzern eine kleine Anzahlung geben, dann aber die weiteren Beträge geschuldet. Löwenstein ließ die Forderungen weiter verlaufen, um mit dem Erlös eine große Anzahl von Grundstücken auswärts zu erwerben. Als die sich recht lukrativ zu gestalten schien, gründete er für seine Trügerchen auch noch Filialen in München, Breslau und Düsseldorf, wo bezahlte Agenten für ihn arbeiteten. Allmählich soll er diese Weise eine große Zahl von Auslandsdeutschen umgekehrt eine halbe Million Mark geschädigt haben.

Die rasende Feuerfülle von San Diego

Eine Flugzeugkatastrophe in Kalifornien kostete 18 Menschen das Leben. Alle Insassen, acht Frauen, sechs männliche Passagiere und zwei Männer der Besatzung verbrannten. Die Katastrophe ereignete sich am Sonntag abend um 8,30 Uhr kalifornischer Zeit, eine Stunde, nachdem das Flugzeug von Aquila, dem bekannten mexikanischen Bergungsplatz, der seltsam von vielen Filmstars aus Hollywood besucht wird, abgesetzt war. Die Maschine hatte Los Angeles zum Ziel. Die Hollandia, die zur Katastrophe führte, wurde unmittelbar Meeressicht, etwa 70 Kilometer nördlich von San Diego, vornommen, nachdem sich eine Motorstörung eingestellt hatte. Noch vor die Maschine den Boden berührte, stand sie in Flammen. Eine brennende Fessel lüpfte auf weithin das durchbare Gelände. Hundert Meter lang röste die rasende Feuerfülle über Sand. Dreißig von den Passagieren wurden bereits verbrannt, ausgeschleudert, die anderen verbrannten in der Kabine. Als die Flammen geföhnt hatten, stand man nur noch einen entzündeten Knäuel holzverbrannten Menschenfleisches. Das Flugzeug war Eigentum der Maddux Transcontinentale Air Lines, diente in letzter Zeit für Kreuzfahrtsflüge nach Mexiko, das dem Besitzer der Prohibition ein beliebtes Ziel der reicherer Wohnungen von Los Angeles ist.

Rund um den Ring

Juwelendieb Perlewitz gesucht — Modellwillns Glück und Ende — Die Geschichte von der armen Näherin, dem misstrauischen Juwelier und dem bösen Schicksal

I.

In Paris ist von der Kriminalpolizei der seit langem gesuchte Juwelendieb Perlewitz verhaftet worden. Perlewitz hat Anfang November in Berlin ein Ledergeschenk mit Juwelen im Werte von rund 200 000 Mark auf eine unerhört raffinierte Weise gestohlen. Perlewitz, der in Berlin-Spandau eine Wohnung besitzt, hatte einen Juwelier aus Frankfurt a. M. kommen lassen, um zusammen mit ihm der Tänzerin P. W. in einer Pension in der Martin-Lutherstraße eine Kollektion von Brillantenfolliers zur Auswahl vorzulegen. Die Tänzerin war zur Zeit des Besuches noch nicht aufgetaucht. Der Juwelier wartete im Salon, während Perlewitz vorgab, an ihr Schlafzimmer zu gehen und sie zu wenden. Nach einiger Zeit erschien die Tänzerin, wußte jedoch von gar nichts, kein Mensch hatte sie geweckt. Der Juwelier nannte ihr den Zweck seines Besuches. Der Juwelier war aber ebenso freudig, wie ihr die Absicht, ein Perlentollier zu kaufen, unbekannt war. Da entdeckte der Juwelier, daß er auf den Leim, Perlewitz aber längst weggegangen war, das Ledergeschenk in der diebischen Hand. Nach Nachforschungen in Berlin und im übrigen Deutschland waren ohne Erfolg. Der Gauner war geflüchtet. Als man einige Wochen später seine Spur in Luzern entdeckte, war er wieder entwischt, als man zu greifen wollte. Als er sich dann vor einigen Tagen in den Luxus- und Lebelloalen von Paris durch große Geldausgaben verwüstig machte, konnte er durch die Ausmeilansammlung eines Detektivs der Pariser Geheimpolizei erkannt und festgenommen werden. Zu großen Geldausgaben hat Perlewitz übrigens reichlich Gelegenheit gehabt. Da er als „schoener Mann“ galt, machte er zahlreiche Erwerbungen. Den Ruf eines „schoenen Mannes“ hätte er schon im Kriege. Sein eigenartiger Beruf war der eines Modells für Kriegsläden, auf denen er den schönen Bräutigam darstellte, der in den Krieg zieht. Man nannte ihn in seinen Kreisen „Modellwill“.

Das Auslieferungsbegehren ist von der Reichsregierung

bereits in die Wege geleitet. Bis jetzt ist von den gestohlenen Juwelen nichts gefunden worden. Nur einige Brillanten sind der Smottingtalsche.

II.

Wie ein Märchen gegenüber der oben geschilderten Wirklichkeit klingt die Geschichte eines Brillantringes, die jetzt vor dem Schöffengericht Bonn mit einem Freispruch ein vorläufiges Ende erhält. Im Oktober vorigen Jahres fand eine Näherin auf der Hauptstraße in Bonn einen Ring, den sie mit nach Hause nahm. Wegen seines unansehnlichen Aussehens wurde der Ring von der Näherin und von ihren Eltern für einen Karnevalsring gehalten. Im Nachtmärchen der Kinder träumte der Ring besserer Zeiten entgegen. Da kam es der Näherin in den Sinn, den Stein, der ihr so gut gefiel, auf einen schmalen Goldkreis umarbeiten zu lassen. Der Juwelier erkannte den hohen Wert, es war ein schwerer Plotting mit einem großen Brillanten. Als er hörte, daß das Mädchen den Ring gefunden hatte, forderte er es auf, ihn bei der Polizei abzugeben. Wie es das Unglück will: auf dem Wege zur Polizei verlor das Mädchen den Ring. Zu der Annahme, das Mädchen täusche den Verlust nur vor, zeigte der Juwelier die Sache bei der Polizei an. Die Durchsuchung in der Wohnung der Näherin war ergnüglos, aber sie hatte eine tragische Folge. Die Mutter der Näherin, die längere Zeit krank war, erlitt einen Ohnmachtsanfall, der ihr Leben so verschlimmerte, daß sie vier Wochen später starb. Nach einigen Wochen ging der Vater der Näherin spazieren, wobei er auf der Erde etwas blitzen sah. Er griff zu und hielt in der Hand — den von seiner Tochter verlorenen Brillantring, den er nunmehr zur Polizei brachte. Trotzdem wurde das Mädchen wegen Fundunterschlagung vor Gericht gestellt. Da der Juwelier bezeugte, daß der Ring ein sehr unscheinbares Aussehen gehabt habe, glaubte das Gericht der Näherin.

25 Millionen Unterdrückungen

Die Misserfolge beim türkischen Papiergeleidumtausch

Als im Winter des Jahres 1927 das ottomatische Papiergeleid gegen republikanische Pfundnoten umgetauscht wurde, die sich, da beide gleich umgedeutet sind, im Wert nicht voneinander unterscheiden, verzehrte die türkische Staatskasse einen beträchtlich großen Eingang an alten Noten, daß der Verdacht einer riesenhafte Unterdrückung entstand. Eine Kommission zur Untersuchung des Falles wurde eingesetzt und nach ihrem ersten vorläufigen Bericht müssen Beträge von mindestens 25 Millionen Pfund auf bisher noch keineswegs aufgetaute Weise unterdrückt worden sein.

Die Staatskasse hat damit rechnen können, daß etwa für 133 Millionen türkische Pfund-Noten zum Umtausch eingerichtet werden würden. Die ursprüngliche Emission hatte 160 Millionen türkische Pfund betragen, 12 Millionen türkische Pfund-Noten waren mit den Jahren abgenutzt zum Umtausch bereit, einschließlich worden, und mindestens 10 Millionen türkische Pfund-Noten konnten nach den Kriegsjahren 1919/22 und den Bränden mehrerer großer türkischer Städte als verloren angenommen werden. Es wurden aber 158 Millionen t. Pf. Noten eingerichtet und tatsächlich ausgetauscht, also 10 Millionen türkische Pfund mehr, als überhaupt im Umlauf gewesen waren, selbst wenn nicht eine einzige Note vernichtet oder verloren gegangen sein sollte.

Die Untersuchungskommission hat über diesen rätselhaften Fall bisher festgestellt, daß die Beamten der türkischen Staatskassenverwaltung, in den letzten Jahren des Sultanats wie in den ersten Jahren der Republik den größten Teil der ihnen zum Umtausch eingerichteten abgenutzten Noten unterdrückt und heimlich wieder in Verkehr gebracht haben. Da nachweislich allein bei dem Brand von Smyrna Millionen von Noten in Bankdepots verbrannten, muß das Wiederinnerlehrbringen der bereits eingegebenen Noten mehrfach erfolgt sein. Welche Beamte die Unterdrückungen begangen haben, konnte bisher nicht zweifelsfrei festgestellt werden, und so weit ein positiver Verdacht besteht, wird er natürlich nicht öffentlich geäußert.

Ein eigentliches Licht wirft die Angelegenheit auf den ehemaligen Unterstaatssekretär für Finanzwesen Hassan Fehmi, der für die 1927 erfolgte Manipulation des Geldumtauschs verantwortlich war. Als nämlich die subalternen Beamten die Nummern der später verbrannten alten Ottomanschen Noten aufzuteilen wollten, hat Hassan Fehmi sie daran gehindert, indem

er dies als für keineswegs nötig erklärt. Da die Noten, mit denen der Niederbau betrieben ist, heute vernichtet und ihre Nummern nirgendwo verzeichnet sind, ist es wahrscheinlich, daß sich die Defraudanten nicht mehr feststellen lassen und daß sich der türkische Staat mit einem Schaden von wenigstens 25 Millionen Pfund wird absindern müssen.

Bersicherungsbetrüger verbrennen ein Haus

Um eine Versicherungssumme von 60 000 Franken zu erschwindeln, stahlen am Montag drei Brüder in Bödeburg ihr Haus in Brand. Vorher hatten sie das ganze Gebäude und die Möbel einrichtungen ausgiebig mit Benzintüpfeln übergossen. Als sie ein brennendes Streichholz in den Hausschlund warfen, erfolgte eine ungeheure Explosion, die das ganze Haus zusammenriß. Der jüngste der Brüder wurde unter den Trümmern des Hauses begraben und auf der Stelle getötet. Die beiden anderen flüchteten, konnten aber bald verhaftet werden.

Totschlag

Der Arbeiter Maerz aus Durlach in Baden erschlug gestern früh in Wedernheim die Mutter seiner Braut. Nach der Tat ging er in den ersten Stock zu seiner Braut und unterhielt sich mit ihr, ohne die geringste Aufregung zu zeigen. Dann begab er sich nach Mainz und stellte sich der Staatsanwaltschaft.

Schwere Explosion in Berlin

Im großen Kesselraum des Moabiter Kraftwerkes der Beweg entzündete sich am Montag vormittag gegen 14.12 Uhr beim Wiederaufladen eines erloschenen Feuers eine übergröße Menge Kohlenstaub. Kleine Stichflammen schossen unter gewaltigem Getöse aus den Kesselröhren hervor. Fünf Arbeiter erlitten zum Teil schwere Brandverletzungen.

Wurde hier die Einigung in Haag erzielt?



Deutschlands und Frankreichs Delegierte bei einer der privaten Zusammenkünfte, die Gelegenheit zu persönlicher Aussprache gaben und damit einen Ausgleich der widerstreitenden Meinungen möglichst in höherem Maße ermöglichten als die offiziellen Sitzungen. Von links: französischer Arbeitsminister Bourou, französischer Ministerpräsident Tardieu, Reichsaußenminister Curtius und französischer Arbeitsminister Grotz.

Das Provinzialdeklament

Sur kommenden Tagung des Provinziallandtages

rw. Die kommende Tagung des neu gewählten Provinzial-Landtages hat vorausichtlich eine Tagesordnung, deren Bedeutung im umgekehrten Verhältnis zu den bereits verteilten, nicht allzu inhaltsvollen Drucksachen steht. Das Provinzparlament ist ja bekanntlich nicht nur Verwaltungsförderhaft für den Provinzialverband, es erfüllt auch Funktionen der direkten Staatsverwaltung, soweit es sich um das Abbremsen der Demokratie handelt. Als Traditionskompanien des alten Herrenhauses im Königreich Preußen und des leidigen Bundesrates im Reiche gibt es jetzt bekanntlich den Reichsrat und in Preußen den Staatsrat. Beide Räte werden von der Sozialdemokratie, die ja prinzipiell AnhängerInnen des Einkammer-Systems ist, für überflüssig, gänzlich überflüssig gehalten, denn die Tätigkeit dieser Räte besteht im wesentlichen aus jenem parlamentarischen Leerlauf, den gewisse Leute so wütend, aber leider immer an der falschen Stelle bekämpfen. Wie dem auch sei; Staats- und Bundesrat eglisieren und werden vom Provinz-Landtag bzw. Provinzlausausschuss beschikt. Ganz besondere Bedeutung wird dabei die Wahl des Reichsratsvertreters haben. Möglicherweise wird hierdurch den im neuen Provinzparlament festzustellenden Personenwechsel in gewissen Parteien eine Verschiebung in dem Sinne erfolgen, daß Niederschlesien fürderhin nicht mehr im Reichsrat deutschnational stimmt.

Nicht minder wichtig wird es sein, wer in den Staatsrat einzutreten wird. Taktisch ist diese Frage insofern leichter zu lösen, als diese Wahl — auf Niederschlesien entfallen 6 Staaträte — nach dem Grundsatz der Verhältniswahl vor sich geht und somit ein gewisses Spiegelbild der Zusammensetzung im Provinzparlament entsteht. Darauf sind die allgemein-politischen Aufgaben der kommenden Landtagssession beendet. Neben ihnen stehen die konstituierenden Wahlen — Vorsitzender war bisher Genosse Bandmann-Breslau, stellvertretender Vorsitzender Oberblügtermüller Dr. Wagner — und die Wahlen zum Provinzialausschuss. Die Bedeutung des Provinzialausschusses, über dessen Tätigkeit die Öffentlichkeit, da er nicht öffentlich tagt, leider nur durch sorgfältig verfasste offizielle Berichte unterrichtet wird, ist wesentlich größer wie gemeinhin angenommen wird. Er überwacht die laufende Verwaltung und beschließt, da der Landtag im Vollmächteteilen im allgemeinen nicht zaghaft ist, auch über sehr wichtige Fragen der provinzialen Selbstverwaltung; man denkt nur an die Personalpolitik, nicht zuletzt auf kunstpolitischem

Sittlichkeit auf dem Lande

Zu den allgemein üblichen, leider allzuoft gebankenlos hingenommenen Schlagworten bürgerlicher Moralsprediger gehört nicht nur die naturgemäße Entartung der Jugend durch den sozialistischen Einfluß, sondern auch die angebliche „Verderbtheit“ der Großstadt. Beides hängt eng zusammen, denn die großen Städte und Industriezentren sind die Sammelbeden derjenigen Arbeiterschaft, die vorwiegend organisierter Träger der sozialistischen Gedankenwelt ist. Auf dem Lande dagegen gibt es, wenn man diesen Moralsauern glauben will, ebenso wie auf der Alm, keine Sünde. Dort sind die Leute alle brav, fromm und, das ist nämlich die Hauptsache, in ihr Schicksal als willenlose und ausgebuteute Arbeitsflügel des Großgrundbesitzers oder ihres Largen Arbeitseigentums ergeben.

Die Wirklichkeit allerdings sieht anders aus. Das erwies sich wieder einmal, als dieser Tage in Liegnitz vor dem Erweiterten Schöffengericht sechs junge Burschen aus Hennersdorf, Kreis Jauer, standen, um sich wegen gemeinsamer Notzucht zu verantworten. Die 18- bis 20jährigen Burschen hatten sich am Abend des 30. August 1929 auf der Landstraße bei Hennersdorf mit dem 19jährigen Dienstmädchen Gertrud Hain unterhalten. Sie schickten dann das Mädchen in den Ort, um Bier zu holen. In seiner Abwesenheit beschlossen sie, es gemeinsam nacheinander zu vergewaltigen. Als das Mädel wieder kam, wurde es gepackt und von der Horde gewaltsam in einen Garten geschleppt und mit brutaler Gewalt auf den Boden geworfen. Während einige der Burschen die G. H. an Kopf, Händen und Füßen festhielten, missbrauchten zwei von ihnen sie nacheinander; einer wiederholt. Um ihr Schreien zu ersticken, wurde ihr der Mund zugehalten. Das Gericht billigte sämtlichen Angeklagten mildernde Umstände zu. Der 20jährige Steinarbeiter Georg Hanke erhielt 1 Jahr Gefängnis wegen Notzucht. Das Verfahren gegen den 19jährigen Landarbeiter Hermann Aloise, der mindestens dieselbe Strafe zu erwarten hat, wurde abgetrennt, weil er nicht erschienen war. Der 19jährige Dachdeckerlehrling Bernhard Häusler erhielt wegen Beihilfe zur Notzucht 3 Monate Gefängnis; sein Bruder, der 18jährige Maurerlehrling Julius Häusler und der 19jährige Landarbeiter Oswald Blümke erhielten ebenfalls wegen Beihilfe zur Notzucht je 1 Monat Gefängnis. Den 3 wegen Beihilfe Verurteilten wurde Strafsaussetzung zugestellt. Der 18jährige Schlosserlehrling Albert Ritsche wurde freigesprochen.

Dass hier mildernde Umstände zugelassen werden ist schwer verständlich. Es gibt Delikte, die gesellschaftlich betrachtet, wesentlich geringfügiger sind und zumeist schwerer bestraft werden. Diese Tat aber ist derart grauenhaft in ihrer sozialen Hemmungslosigkeit, dass sie wahrlich eine andere Bewertung verdiente. Dabei kommt es allerdings darauf an, von welchen Beurteilungs-Maßstäben man ausgeht. Eine bürgerliche Korrespondenz fügt zu diesem Prozessbericht beispielweise folgende, geradezu klassische Bemerkung: „Allerdings ist auch das Mädchen kein unbeschriebenes Blatt mehr und hatte schon mit 18 Jahren ein uneheliches Kind“. Deutlicher kann man die Morallosigkeit der bürgerlichen Moral kaum ausdrücken. Wenn als Proletariermädchen frühzeitig zum Geschlechtsverkehr erwacht, überdies keine andere als diese Freude im Leben kennt, noch ja lernen lernen und dann Mutter wird, so ist das logischer, wie man zwischen den Zeilen zu verstehen gilt, eine hohe Manifestation

gewaltigen. Geflügelte Verbindung ist nämlich noch ungenügenden Moralgejüten ein stürmisch, wie das Zeitalter es einmal so ähnlich feststellte „Ungestört“, wenn der Stempel des Staatsamts nicht vorgewiesen werden kann. Zwischen Ungestört und Ungehört aber ist die den Bürgerlichen Normenwidrigkeit kein Unterschied, indes auch diese irrtümliche Verlängerung von dem — freiwilligen — Siegel keiner jenen unerlaubten Praktiken entspricht.

Gebiet, an die Gasfernversorgung u. a. Die Provinzialsausschusswahl geht aber diesmal anders vor sich wie bisher, da infolge der Stellungnahme des Oberverwaltungsgerichts die statutarische Anordnung der Provinz geändert und jetzt in dreifachem Maßgabengang zuerst der Vorsitzende mit einfacher Mehrheit, dann zwanzig Mitglieder des Provinzialsausschusses und deren Stellvertreter in Verhältniswahl, und schließlich der stellvertretende Vorsitzende wiederum mit einfacher Mehrheit gewählt werden müssen. Die Prüfung des Wahlergebnisses und die Behandlung verschiedener Einsprüche werden nach Angabe des bisher verabschiedeten Druckbladenverzeichnisses nicht bedürfen. Man erfährt daher nur, daß ein Einspruch im Stimmbezirk Bad Kudowa und ein Einspruch gegen den Ausgleich der Sitze im Regierungsbezirk Breslau vorliegt; letzteres ist eine mehr mathematisch-wissenschaftliche wie wahlrechtliche Frage, denn die Mandatberechnung für das Provinzparlament beruht auf einem nicht ohne weiteres verständlichen und daher leicht umstrittenen Ausgleichssystem.

Über die Parteikonstellation des neuen Provinzialsparlaments ist sich derzeit noch wenig sagen. Die Sozialdemokratie hat gegenüber dem vorigen Provinziallandtag zwei Mandate verloren, die Deutschnationalen vier, das Zentrum eines, während die bisher nicht vorhandenen Faktionen unter Führung des aus dem Schiedsnicker Prozeß rühmlichst bekannten Herrn Herda mit sechs Abgeordneten den Marxismus zu bekämpfen gedenken. Gleich geblieben sind in ihrem Bestand die unmehr mit den Mittelständern verknüpfsten Bauernhändler, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten, während die Kommunisten (Marx-Ostau) mit einem Mandat mehr bei fast vollständig ausschichtigem Personal auftreten. Was sich hieraus für Bindungen und Kombinationsmöglichkeiten ergeben, ist heute noch nicht voll zu überschauen, trotzdem diese und jene schwache Gruppe bereits bemüht ist, Anschluß an jene Parteien zu suchen, die man in passender Gelegenheit wieder heftig bekämpft. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, alle jene Möglichkeiten zu suchen, die zu einer gewissen Regeneration des altkonservativen Verwaltungsapparates im Landeshouse führen können, wosilber sicher allerdings im Ernstfalle auch bei den mittleren Parteienplattformen nicht allzuviel Interesse bestand.

Vortragsreihe für jene Richter und Staatsanwälte zu
anstalten, denen die Bearbeitung von Brandfällen obliegt,
sprechen im Rahmen dieser Vortragsreihe der Generaldirektor
der Niederschlesischen Provinzialfeuerwehrsozietät Langner über „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Brandstiftungen“; Peiter der Landescriminalpolizeistelle Berlin über „Kriminalistische Verfolgung der Brandstiftungen“, der Staatsanwaltshofrat von Gellhorn-Gatz über „Die Mitwirkung des Staatsanwalts in Brandfällen“ und der Landgerichtsdirektor Ecke-Oels über „Die Mitwirkung des Richters bei der Verfolgung und Urteilung von Brandstiftungen“. Außerdem sind praktische Vorführungen der Maßnahmen

Außerdem sind praktische Vorführungen der Breslau Feuerwehr unter Leitung des Branddirektors Dr. Kaiser gesehen.

Wenn Vater und Mutter auf Arbeit sind — —

Durchbares Grabungsfeld in Konradswalde

Zu Mittel-Konradswaldau waren ein sechsjähriges und etwa dreijähriges Mädchen, Kinder des Grubenarbeiters Adalbert Klein in der Wohnung gelassen worden. Vermutlich hatten im Osten mit brennenden Christbaumkerzen gespielt. Blätterten die Nachbarn gelende Hilferufe. Als sie hinzu eilten, standen sie das sechsjährige Kind in Flammen stehend vor. Obwohl die Flammen schnell erstickt wurden, hatte das Kind schreckliche Brandwunden erlitten, daß es bald nach seiner Rettung in das Knappenhäfts Lazarett den Verlebungen erlag.

Schweinfurt. Karneval mit Messerstichen. In der vergangenen Nacht kam es nach einem Maskenball zu einem schweren Schlägerei, an welcher gegen 40 Personen beteiligt waren. Die Polizei wurde teilweise tatsächlich angegriffen und war gezwungen, auf dem Gummiknüppel Gebrauch zu machen. Eine Person wurde durch einen Messerstich im Gesicht schwer verletzt und musste ins Krankenhaus gebracht werden.

Legniz. Gänzezug mit Zentralheizung. Weibet: Auf einem Gute in der Nähe von Legniz hat eine Göre bereits gebrütet. In einem Keller in der Nähe der Zentralheizung lounnten sich die jungen Tiere gut entwickeln.

Heitshofen. Vierzehn Tage tot in der Wohnung hier wohnhafte ehemalige Bürgermeister Taube hatte am Januar, da er verreisen wollte, die Bedienungsfrau abberichtet. Einigen Tagen hörte nun die Untermieterin einen dummen Mann, der sie verdächtig vorkam. Schließlich wurde die Wohnung aufsässig geöffnet. Man fand L. halb angekleidet tot vor liegen, beide Hände über dem Kopf, mit einem Schnurstrang um den Hals. Er war, wie festgestellt wurde, 14 Tage vor dem Aufenthalt in einem Herzschlag erlegen.

Kochenau. Brand am Tank. Als hier abends ein
emden Motorradfahrer an der Tankhäuse am Ring Benzin
in Tank gefüllt wurde, standete der Fahrer seine ausgegangene
Arbeitslampe an und warf das Streichholz achilos fort. Plötzlich
lug eine haushohe Stichflamme empor, die den Tankschlauch
Brand setzte. Der Tankstellenbesitzer eilte seiner Frau, die
zu füllen beorgt hatte und den Schlauch noch hielt, zu Hilfe,
wobei er sich erhebliche Brandwunden an beiden Händen zog.
Der leichtsinnige Motorradfahrer konnte nicht ermittelt werden,
er eiligt davonfuhr.

Morgenroth. Zusammenstoß zwischen Strakenbahn und Güterzug. In der Nähe der Paulusgrube stießen Strakenbahn mit einem Güterzuge zusammen, wobei der Strakenbahnwagen stark beschädigt wurde. Vier Personen müssen ins Krankenhaus überführt werden.

Rosenberg O.-S. Kohlenoxydgasvergiftung. Tochter des Schneidermeisters Taube gingen abends die Kinder des Meisters in einem überheizten Zimmer schlafen. Bruder der Mädchen, abends nach Hause kam, hörte er im Zimmer der Mädchen schwaches Röcheln, und fand alle drei Töchter bereits bestinnungslos vor. Ein herbeigerufener Arzt stellte eine schwere Kohlenoxydgasvergiftung fest. Es gelang dem Arzt, die Mädchen dem Tode zu entreißen und ins Leben zurückzuführen.

Orzelske, Kreis Pleß. Bankier Löwenstein fehlt nun nicht mehr. Hier wurde der Berliner Bankier Karl Löwenstein, der nach Unterschlagung von 500 000 Mark flüchten wollte, verhaftet. Löwenstein wurde bereits auf Befehl der deutschen Behörden ausgeliefert und Sonntag abend nach Berlin abtransportiert.

Plus der Umgebung

Brodau. Hier finden am Donnerstag, den 29. Januar
1 im veranstaltungen im Lichtspielhaus statt. Unter
Uhr. Erwerbslose 30 Pf. Eintritt. Zweite Vorstellung 18 Uhr
Vorstellung 20 Uhr. Gezeigt wird der Gittenfilm „Die K
en“. Für Jugendliche ist der Film verboten.

Schönborn. Generalversammlung der Vorstel
18. Januar fand im Hotel Wigrolla unsere erste Genera
lversammlung der vor einem Jahr gegründeten Ortsgruppe statt.
Genosse Scholz gab den Jahresbericht bekannt. Anschließend ga
ben wir mit unserer jungen Ortsgruppe zufrieden sein. Ge
e Zeiner forderte die Genossen auf, auch weiterhin da
tei zur Seite zu stehen. Genosse Schiffer hielt sein Referat
"Ausblick und Ausblick" über wirtschaftliche und politische Ver
nisse und forderte die Genossen am Schlussh seines Referats auf
zahreich an der Bezirkskonferenz zu beteiligen. Die Vorstand
schaft ging schnell vonstatten, da der bisherige Vorstand wieder
wählt wurde; neu hinzugewählt wurde als Revisor Genosse
Weller-Oldern. Zu Delegierten für die Unter-Bezirk
konferenz wurden die Genossen F. Scholz, Schönborn und
Weller gewählt. Nach einer kurzen Aussprache an der Be
genosse Hafste - Dürtschentz belegte, schloß Genosse Zeiner
einem dreifachen Stich auf die SMD bis Montagmorgens

Neumarkt. Brand im Borratsraum. In den Überbuden des Sonnabends brach im Borratsraum des Anwesens Stanzstraße 14 ein Feuer aus, das jedoch rechtzeitig im Steil ist wurde. Es entstand nur unbedeutender Sachschaden.

Alein Bandik. Opfer des Sturmes. Der Rennfänger Schwarzer wurde auf dem hiesigen Gute von einem Sturm zugeschlagenen Scheunentorflügel so unglücklich getroffen, daß er mit schweren Verletzungen in ein Kleinkinderkrankenhaus eingeliefert werden mußte. Dort ist er jetzt verheilt.

Sozialdemokratische Partei

Interbezirk Breslau-Land/Neumarkt

**Rektorat: Margaretenstr. 12, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 130-131
Telephon 59160, 59061
öffnungszeiten: von 8-11 und 19-20 Uhr**

Ostalpin. Am Mittwoch, den 22. Januar, findet hier ^{ein} öffentliche Filmveranstaltung statt. Gezeigt wird der ^{der} enzfilm „Die da unten“. Anfang 20 Uhr. Total 50 Pf.
Für Jugendliche ist der Film verboten.

Kreisau-Sundfeld. Dienstag, abends 8 Uhr, im "Gedenken" öffentlicher Vortrag über Geburtenregelung.
Malsch. Mittwoch, den 22. Januar, 14½ Uhr, öffentliche Erbsaftleben-Vorlesung im Hotel Liebs. Redner: Stellvertreter Schiffer. Alle Erwerbslosen, auch aus der Umgebung sind eingeladen.

Baldwиг. Mittwoch, den 22. Januar, 20 Uhr, bei Dr. ¹⁰
Fischer in Berlin. **Rechner.** Geniale Schrift.